

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 20



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 11. 12. 1990

WORT UND WIDERWORT

Wie kann die Qualifizierungsarbeit der Berufsschule verbessert werden?

*Bestmögliche Qualifizierung als Vorbereitung auf den Beruf bedeute nach sozialdemokratischem Verständnis nicht, junge Menschen zu Fachidioten auszubilden. Berufsschule sei gleichberechtigter Teil der Ausbildung im dualen System, nicht Anhängsel der betrieblichen Ausbildung. Die SPD wolle sicherstellen, daß in der Schule umfassend Bildung vermittelt werde, mit starker Ausrichtung auf den jeweiligen Lehrberuf. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Hans Frey**. Der CDU-Abgeordnete **Herbert Reul** betont, wenn die berufsbildenden Schulen ihre wichtige Rolle im dualen System behalten sollten, benötigten sie neben einer modernen Ausstattung vor allem eine bessere Lehrerversorgung. Der riesige Unterrichtsausfall sei heute schon ein Skandal, in den nächsten Jahren werde er zu einem großen Problem anwachsen. Die Rotstift-Politik müsse beendet werden. Der F.D.P.-Abgeordnete **Andreas Reichel** wirft der Landesregierung vor, sie habe über Jahre hinaus die berufsbildenden Schulen im Schatten stehen lassen und die personelle und sächliche Ausstattung dieser Schulen sträflich vernachlässigt. Eine mittelfristige Lehrbedarfsplanung müsse jetzt dringend nachgeholt werden. Dazu müsse die sachliche Ausstattung der Schulen verbessert werden. Die Grünen-Abgeordnete **Brigitte Schumann** folgert, die Berufsschule sei das Stiefkind des öffentlichen Schulwesens. Sie sei chronisch benachteiligt mit der Versorgung an Lehrkräften. In der Ausbildungspolitik sei ein radikaler Kurswechsel angesagt, damit die Qualität von schulischer und betrieblicher Ausbildung nicht total unter die Räder komme.* (Seite 2)

Letztes Plenum vor Weihnachten im Zeichen der Etatberatung

Truppenabbau und Nationalpark Senne

Die letzten Plenarsitzungen vor Weihnachten stehen im Zeichen der Haushaltsberatungen. An drei aufeinanderfolgenden Plenartagen will sich das Parlament darüber hinaus mit einer breit angelegten Thematik befassen, die von der Handlungsfähigkeit der Polizei, über die Einrichtung eines Nationalparks Senne bis zur Altenpflege reicht.

Am Mittwoch, 12. Dezember, werden das Haushaltsgesetz 1991, die Finanzplanung 1990 bis 1994 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 eingebracht. Beratungen über eine Novelle zum Kinder- und Jugendhilfegesetz, zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung, die Lage der Polizei, Truppenabbau und Schließung der Royal Airforce-Flugplätze, Nationalpark Senne und ein geändertes Landschaftsgesetz folgen.

Am Donnerstag, 13. Dezember, stehen der Halbjahresbericht des Petitionsausschusses, integrierter Landbau und umweltverträgliche Landwirtschaft, die Schaffung einer Rechtsverordnung für Verkehrsverbote durch die Bundesregierung, Vorrang für Bildung und Wissenschaft, Lehrermangel,

Schulnöte und PVC-Aussteig auf der Tagesordnung.

Am Freitag, 14. Dezember, schließt sich die erste Lesung der Haushaltsgesetze an. An allen Tagen beginnen die Sitzungen um 10 Uhr.

Die Woche im Landtag

Standort Köln

Der Hauptausschuß hat sich einvernehmlich für den Erhalt der nationalen Sender Deutschlandfunk und Deutsche Welle am Standort Köln ausgesprochen. (Seite 3)

Bundestagswahl

Die SPD wurde bei der Bundestagswahl 1990 in NRW wieder stärkste Kraft. CDU und F.D.P. verbesserten ihre Ergebnisse. (Seiten 4 und 5)

Integration

Eine Arbeitsgruppe will sich weiterhin für eine behutsame Integration von ausländischen Schülerinnen und Schülern in die Gesellschaft einsetzen. (Seite 10)

Studentenwerke

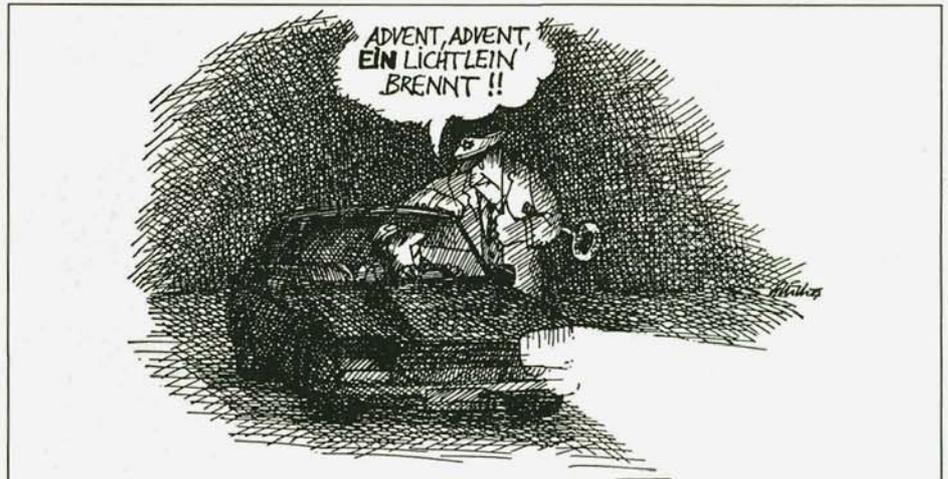
Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung will mit Studentenvertretern eine Anhörung zur Situation der Studentenwerke durchführen. (Seite 11)

Fachberater

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle hat sich bei der Beratung des Jahresberichts des Landesrechnungshofs auch mit Fachberatern befaßt. (Seite 12)

Gebietsreform

Neuordnung erschöpfe die Reformkraft einer Politikergeneration, stellt Friedrich Halstenberg in der Besprechung eines Buches des Historikers Hein Hoebink fest. (Seite 16)



Zeichnung: Murschetz (Süddeutsche Zeitung)

WORT UND WIDERWORT

Berufsschule hat auch gesellschaftspolitische Aufgabe

Von
Hans Frey

Die berufliche Bildung hat in Nordrhein-Westfalen einen sehr hohen Stellenwert. Deshalb stellt sich weniger die Frage, wie die Qualifizierungsarbeit der Berufsschule verbessert werden kann, sondern vielmehr, wie der hohe Leistungsstandard erhalten bleibt.

Bestmögliche Qualifizierung als Vorbereitung auf den Beruf bedeutet nach sozialdemokratischem Verständnis nicht, junge Menschen zu Fachidioten auszubilden. Berufsschule ist gleichberechtigter Teil der Ausbildung im dualen System, nicht Anhängsel der betrieblichen Ausbildung. Wir wollen sicherstellen, daß in der Schule umfassend Bildung vermittelt wird, mit starker Ausrichtung auf den jeweiligen Lehrberuf.

Insofern hat Berufsschule auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe zu erfüllen. Immerhin werden die beruflichen Schulen bei uns in Nordrhein-Westfalen von dreimal so vielen jungen Menschen besucht wie die gymnasiale Oberstufe.

Von
Herbert Reul

Das duale System hat die Probleme der geburtenstarken Jahrgänge und der großen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen beispielhaft gelöst. Jetzt steht es vor wichtigen qualitativen Weiterentwicklungen.

Als Folge der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung steigen die Anforderungen an jeden einzelnen Arbeitnehmer. Schlüsselqualifikationen wie Teamarbeit und Flexibilität, Aufgeschlossenheit und Planungskompetenz, Fähigkeit zu Überblick und zur Steuerung komplizierter Prozesse werden immer wichtiger.

Dabei geht es nicht allein um höhere, sondern eher um andere Anforderungen an die Qualifikation des Einzelnen. Es ist falsch, den Menschen vorzumachen, nur mit Abitur und Studium habe man als Fachkraft auf den Arbeitsmärkten der Zukunft noch eine Chance.

Ganz im Gegenteil: Die Hörsäle der Hochschulen sind überfüllt, während Handwerk, Handel und Industrie dringend Lehrlinge und Fachkräfte suchen. Diese Kluft zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem ist sowohl unter bildungs- als auch unter gesellschaftspolitischen Gründen besorgniserregend.

In unserer freiheitlichen Gesellschaft kommt eine dirigistische Steuerung nicht in Betracht. Jedoch muß es eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben sein, für die berufliche Bildung als gleichberechtigten und attraktiven

Von
Andreas Reichel

Das duale System der Berufsausbildung – das Wechselspiel zwischen den Ausbildungsstellen Betrieb und Berufsschulen – hat sich gerade auch in den Zeiten geburtenstarker Jahrgänge bewährt.

Die Landesregierung hat allerdings über Jahre hinaus die Berufsbildenden Schulen im Schatten stehen lassen und die personelle und sächliche Ausstattung dieser Schulen sträflich vernachlässigt.

Die undifferenzierte Einstellung von Berufsschullehrern folgt eine Phase der ebenso undifferenzierten Warnung vor dem Lehramtsstudium mit der fatalen Folge, daß heute fachspezifisch gut ausgebildete Lehrer fehlen und diese Lücken – die Studentenzahlen belegen das eindeutig – bis zum Jahr 2000 nicht geschlossen werden können. Eine mittelfristige Lehrerbefähigungsplanung muß jetzt dringend nachgeholt werden.

Parallel dazu muß die sachliche Ausstattung der Berufsbildenden Schulen verbessert werden. Nur Ersatz- und Neuanschaffungen, insbesondere im Bereich moderner Datenverarbeitungsgeräte, sichern die Qualität der Ausbildung.

Der Unterrichtsfall an den Berufsbildenden Schulen ist immens angewachsen. Neben 48,4 Prozent nicht erteilten Unterrichtsstunden im allgemeinbildenden Bereich fallen

Von
Brigitte Schumann

Die Berufsschule ist das Stiefkind des öffentlichen Schulwesens. Sie ist chronisch benachteiligt in der LehrerInnenversorgung. Lehrermangel und Mängel in der technischen Ausstattung sind ihr negatives Markenzeichen. Dagegen stehen die wachsenden gesellschaftlichen Ansprüche an eine zukunftsorientierte Berufsbildung. Auch die Landesregierung wird nicht müde, die Bedeutung beruflicher Qualifikation in einer sich technologisch ständig wandelnden Welt zu betonen.

Es ist eine Folge der Misere an den Berufsschulen, daß größere Betriebe vermehrt die berufsschulische Ausbildung übernehmen. Zugleich ist dieser Trend auch dem betrieblichen Interesse an einer anwendungsorientierten Ausbildung geschuldet. Die Grünen lehnen eine staatliche Förderung dieser privaten „Berufsschulanbieter“ ab. Dieses Geld wird dringend für die staatlichen Berufsschulen gebraucht.

Mangelnde staatliche Förderung hat auch den Rückgang der StudienanfängerInnen für das Lehramt an den beruflichen Schulen verursacht. So werden Mitte der 90er Jahre nur knapp 30 Lehre-

SPD: Aufgabenstellung stets kritisch hinterfragen

So, wie Wirtschaft und Industrie auch diesen Bildungsauftrag anerkennen müssen, darf der Staat sich nicht ständiger kritischer Überprüfung seines Handelns verschließen. So ist die SPD-Fraktion im Landtag durchaus bereit, z. B. kritisch zu hinterfragen, ob die notwendige Koordination zwischen den drei für die berufliche Bildung im Lande zuständigen Ministerien immer gewährleistet ist. Denn nur dann können die vorhandenen Mittel optimal eingesetzt werden.

Dies ist auch eine Voraussetzung dafür, daß die materielle und personelle Ausstattung der Berufsschulen weiter verbessert werden kann.

Anfang des Jahres wird die SPD-Fraktion Vorschläge zur Stärkung des berufsbildenden Schulsystems unterbreiten, die sie auf der Grundlage einer öffentlichen Anhörung erarbeitet hat.

CDU: Berufsschulen brauchen mehr Lehrer

Weg in den Beruf zu werben. In diesem Rahmen muß die Berufsschule in ihrer eigenen Qualität erhalten und fortentwickelt werden. Wenn die berufsbildenden Schulen ihre wichtige Rolle im dualen System behalten sollen, brauchen sie neben einer modernen Ausstattung vor allem eine bessere Lehrerversorgung. Der riesige Unterrichtsausfall ist heute schon ein Skandal, in den nächsten Jahren wird er zu einem großen Problem anwachsen. Die Folge der falschen SPD-Einstellungspolitik ist nämlich, daß der Nachwuchs an den Hochschulen nicht mehr vorhanden ist, vor allem in den berufsbezogenen Fachrichtungen. Dazu gehört auch die Fortbildung der Lehrer, die vor allem in den neu geordneten Ausbildungsberufen und im Zusammenhang mit neuen Technologien eine Verstärkung erfahren muß.

Es ist schon bemerkenswert, wenn die SPD, die jahrelang den Unternehmen mangelnde Qualifizierungsarbeit vorgeworfen hat, nun als Landesregierung nicht ihren Beitrag zum dualen System, nämlich eine qualifizierte Ausstattung der berufsbildenden Schulen, sicherstellt.

Diese Rotstift-Politik muß beendet werden, damit die berufliche Bildung Zukunft hat.

F.D.P.: Vitaminspritze für Berufsschulen erforderlich

auch in berufsbezogenen Ausbildungsfächern bis zu 20 Prozent des Unterrichts aus. Eine kontinuierliche Einstellung neuer Lehrer ist auch vor dem Hintergrund der Alterspyramide dringend erforderlich.

Weiterhin hat die Landesregierung übersehen, daß sich das Anforderungsprofil der Berufsbildenden Schulen wegen des gestiegenen Alters der Berufsschüler und der wachsenden Zahl von Abiturienten unter ihnen erheblich verändert hat und keinerlei Konsequenzen daraus gezogen. Weder für schneller lernende noch für lernschwächere Berufsschüler bietet sie differenzierte Ausbildungswege an. Wir müssen unsere jungen Menschen begabungsgerecht fördern und darauf achten, einerseits die Ausbildungszeiten nicht künstlich zu verlängern, andererseits langsamer lernenden jungen Menschen angemessene Chancen zum Erreichen eines Abschlusses zu geben.

Die Qualität der beruflichen Ausbildung muß auch dadurch fortentwickelt werden, daß Ausbildungsvorschriften rascher modernisiert werden und zukünftig größeres Gewicht auf regelmäßige praxisorientierte Fortbildung der Lehrer gelegt wird.

GRÜNE: Berufsschule ist chronisch benachteiligt

rinnen mit der Lehrbefähigung „Elektrotechnik“ zur Verfügung stehen, obwohl der jährliche Einstellungsbedarf bundesweit auf über 150 LehrerInnen geschätzt wird.

In der Ausbildungspolitik ist ein radikaler Kurswechsel angesagt, damit die Dualität von schulischer und betrieblicher Ausbildung nicht total unter die Räder kommt. Die Forderungen der Grünen:

■ Beseitigung des LehrerInnenmangels und Ausbau der Ausbildungskapazitäten für LehramtsstudentInnen

■ Festlegung der Lehrer-Schüler-Relation auf 1:30

■ Unterrichtsangebot der Berufsschule von 14 Stunden pro Woche

■ angemessene technische Ausstattung der Schulen

■ enge Verbindung von beruflicher, allgemeiner und politischer Bildung

■ Ausbau und Förderung doppelt qualifizierender Bildungsgänge, wie sie etwa die Kollegschule anbietet.

Hauptausschuß: Deutschlandfunk und Deutsche Welle sollen in Köln bleiben

Vorzeitige Erhöhung der Rundfunkgebühren nicht ausgeschlossen

Der Vorsitzende des Hauptausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag, Reinhard Grätz (SPD), hat bei einer Sitzung am 6. Dezember das politische Einvernehmen aller Fraktionen festgestellt, wonach die beiden nationalen Sender Deutschlandfunk und Deutsche Welle ihren Standort in Köln behalten sollen. Grätz betonte, daß die Deutsche Welle nicht nur erhalten, sondern noch ausgebaut werden sollte. Dabei müsse ausgehandelt werden, ob möglicherweise das Fremdsprachenprogramm des Deutschlandfunks sowie die Ressourcen von RIAS TV zur Deutschen Welle kommen könnten, um deren Kompetenz als Auslandssender zu erhöhen.

Zum Deutschlandfunk sagte der Vorsitzende des Hauptausschusses, dieser könne nicht nur als Produkt der deutschen Spaltung definiert werden. Auf den Deutschlandfunk warteten weitere Aufgaben, aber nicht mehr als Bundessender. Heute als selbständige Anstalt der ARD angeschlossen, müsse diese Konstruktion durch Länderrecht abgelöst werden.

Eine andere denkbare Lösung wurde vom SPD-Abgeordneten Norbert Burger im Hauptausschuß vorgeschlagen. Der Kölner Oberbürgermeister empfahl als einfachste Konstruktion, ARD und ZDF sollten die Kölner Sendeanstalt als gemeinsame Tochter übernehmen.

Auch Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) sprach sich dafür aus, die beiden Kölner Sender zu erhalten, die Deutsche Welle allerdings in erheblich größeren Dimensionen als bisher.

Die Abgeordnete der Grünen, Bärbel Höhn, Sprecherin ihrer Fraktion, regte an, der Auftrag des Deutschlandfunks müsse überarbeitet werden. Sie fragte, wie der Deutschlandfunk sein Gesicht ändern könne. Der CDU-Abgeordnete Lothar Hegemann bekräftigte, Deutschlandfunk und Deutsche Welle hätten sehr gute Arbeit geleistet.

Eine Rolle spielte bei der Aussprache im Ausschuß auch die Frage der Rundfunkgebühren. Mit dem Vorsitzenden war sich die CDU-Abgeordnete Ruth Hieronymi einig, daß es bei der Neustrukturierung des Rundfunkwesens in Deutschland nicht zu weiteren finanziellen Belastungen der Sender in den alten Bundesländern kommen dürfe. Norbert Burger sagte, niemand rede Gebührenerhöhungen leichtfertig das Wort. Aber in der früheren DDR müßten Rundfunkanstalten aufgebaut werden, und die kosteten Geld. Das könne nur „von hier“ kommen. Auch Minister Clement meinte, er sei nicht der Meinung, den Gebührenzahler zu strapazieren. Er solle dennoch in der Gebührenfrage rechtzeitig angesprochen werden. Clement vertrat die Auffassung, daß vorzeitige Gebührenerhöhungen nötig sein werden.

Zu Beginn der Sitzung hatte sich der Ausschuß in einer Aktuellen Viertelstunde mit



Zum Thema Rundfunk: v. r. Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz und Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (beide SPD).
Foto: Schüler

dem Stand der Verwaltungszusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg befaßt. CDU-Sprecherin Hieronymi beklagte, daß das Regierungsabkommen zwischen NRW und Brandenburg, anders als von Clement im Hauptausschuß angekündigt, bereits von beiden Regierungen unterschrieben und nicht erst im Hauptausschuß beraten worden sei. Der Minister machte deutlich, er selbst habe mit einer Unterzeichnung erst gegen Jahresende gerechnet. Am 27. November habe eine gemeinsame Kabinettsitzung beider Regierungen stattgefunden. Der Chef der brandenburgischen Staatskanzlei habe die NRW-Landesregierung davon unterrichtet, daß die Unterzeichnung schon auf dieser Kabinettsitzung vorgenommen werden sollte. Die Unterzeichnung habe sich demnach schlichtweg aus den Wünschen der Brandenburger ergeben. Das Abkommen sei ein reines Rahmenabkommen zwischen den Regierungen. Nun würden erste Vereinbarungen auf Ressortebene angestrebt. So liefen Verhandlungen zwischen den Finanzministern, um möglichst schnell Regelungen bei den Personalkostenzuschüssen zu vereinbaren. Ferner sei vorgesehen, einer Bitte des sächsischen Ministerpräsidenten Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf (CDU) an NRW auf Personalkostenzuschüsse entgegenzukommen. Clement betonte abschließend, er habe nicht gewußt, als er am 15. November den Hauptausschuß informierte, daß es bereits am 27. November zu einer Unterzeichnung kommen würde. Inhaltlich sei der Hauptausschuß allerdings vorinformiert gewesen.

„Stay-behind“-Organisation

Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde befürwortete einen Staatsvertrag statt eines Regierungsabkommens, weil das Budgetrecht des Landtags tangiert sei. „Wenn ich mir den Inhalt des Abkommens ansehe, bin ich tatsächlich der Meinung, es ist etwas, daß vom Parlament eine eindeutige Stellungnahme in Form eines Staatsvertrages verlangt“, sagte Rohde. Clement erwiderte darauf, er halte Staatsverträge für Rahmenverträge nicht für richtig. Wenn indessen das Budgetrecht angesprochen

werde, sei er selbstverständlich für einen Staatsvertrag.

Vorsitzender Grätz war einverstanden, über eine gemeinsame Sitzung der Hauptausschüsse von NRW und Brandenburg Gespräche zu führen. Er gab jedoch zu bedenken, ob es nicht sinnvoller sei, kleinere Gruppen des brandenburgischen Hauptausschusses hierher einzuladen und erst danach dorthin zu fahren.

Der Hauptausschuß nahm im Verlauf seiner Sitzung einen Bericht der Landtagsverwaltung über den Einsatz von Informations- und Kommunikationsmitteln durch den zuständigen Abteilungsleiter Wolfgang Welz entgegen. Dabei ging es um das integrierte Informations- und Kommunikationssystem des Landtags. Der SPD-Abgeordnete Hans Kern lobte, die Abgeordneten seien bestens betreut worden. Man begrüße das Angebot. „Herzlichen Dank, machen Sie so weiter“, sagte Kern.

Abschließend befaßte sich der Ausschuß mit den Aktivitäten der sogenannten Geheimorganisation „Gladio“. Der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im NRW-Innenministerium, Dr. Fritz-Achim Baumann, berichtete, dem Innenminister sei am 23. November ein Schreiben des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Stavenhagen, zugegangen, wobei es sich im Falle „Gladio“ in der Bundesrepublik um eine Organisation mit Namen „Stay-behind“ handle. „Stay-behind“ sei eine eigene Organisation und kein Nato-Bestandteil. Die Rechtsgrundlage für „Stay-behind“ gehe aus dem Grundauftrag des Bundesnachrichtendienstes (BND) hervor, Informationen aus dem Ausland zu beschaffen. Mit „Stay-behind“ habe man sichergehen wollen, daß die Nachrichtenbeschaffung auch aus solchen Gebieten gewährleistet gewesen wäre, die vom Gegner besetzt werden würden. Seit 1986 gebe es bei „Stay-behind“ nur noch ein Sachgebiet mit 26 hauptamtlichen Mitarbeitern. Aufgrund der weltpolitischen Konstellation sei der Abbau von „Stay-behind“ bereits für den Sommer 1990 vorgesehen gewesen. Über Verbindungen von „Stay-behind“ zu rechts-extremistischen Organisationen habe das Innenministerium keine Erkenntnisse. Laut Stavenhagens Brief befinde sich keine Einrichtung der „Stay-behind“-Organisation in Nordrhein-Westfalen.

SPD in NRW erneut stärkste Partei, F.D.P. gewinnt dazu

Insgesamt 146 Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen werden dem ersten gesamtdeutschen Parlament angehören, das am 20. Dezember im Berliner Reichstag zusammentritt, davon 122 Männer und 24 Frauen. Die SPD entsendet wie 1987 aus den Wahlkreisen 38 Mandatsträger, die CDU 33. Über die Landeslisten machen sich 27 SPD-Abgeordnete auf den Weg in den Bundestag, von der CDU 30, von der F.D.P. 17 sowie eine Abgeordnete der PDS/Linke Liste aus Hamburg, die auf der NRW-Landesliste kandidiert hatte. Die Grünen, die mit 4,3 Prozent um 3,2 Punkte unter dem Ergebnis der Bundestagswahl von 1987 lagen, schafften den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde nicht.

Vor knapp vier Jahren hatten die Parteien 143 Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen entsandt, 62 von der SPD, 58 von der CDU, zwölf von der F.D.P. und elf von den Grünen. Die SPD ist bei der Bundestagswahl 1990 in NRW erneut stärkste Partei geworden. Nach den vorläufigen Ergebnissen erhielt die SPD 41,1 Prozent der Stimmen an Rhein und Ruhr. Die CDU kam auf 40,5 Prozent, die F.D.P. erhielt elf Prozent. Neben den Grünen blieben auch alle anderen Parteien unter der Fünf-Prozent-Grenze. Trotz Behauptung ihrer Position mußte die SPD im Land, vor

allem auch in ihrer Hochburg Ruhrgebiet, Verluste hinnehmen. Bei der Bundestagswahl 1987, bei der der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau als Kanzlerkandidat seiner Partei angetreten war, hatte die SPD in NRW noch 43,2 Prozent der Stimmen geholt. Die CDU kam damals auf 40,1 Prozent, die F.D.P. auf 8,4 Prozent und die Grünen erreichten 7,5 Prozent.

Die Zahl der Wahlberechtigten hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik für die Bundestagswahl 1990 mit 13 098 887 angegeben. Auf die SPD entfielen 4 399 232 Erststimmen und 4 196 608 Zweitstimmen. Die CDU bekam 4 315 284 Erststimmen und 4 132 437 Zweitstimmen. Die F.D.P. verzeichnete 692 106 Erststimmen und 1 118 670 Zweitstimmen. Das Ergebnis der Grünen: 523 633 Erststimmen und 440 462 Zweitstimmen. Aussichtslos verlief das Rennen für die rechtslastigen Republikaner, die 109 482 Erst- und 132 667 Zweitstimmen erhielten.

Gewinner am 2. Dezember war die F.D.P. mit ihrem seit 1949 zweitbesten Ergebnis im Land. In keinem der 71 Wahlkreise Nordrhein-Westfalens mußte sie Stimmenverluste hinnehmen. Bei den Zugewinnen stei-

gerten sich die Liberalen in einzelnen Wahlkreisen um mehr als vier Prozentpunkte. Bei der CDU blieben Gewinne und Verluste mit jeweils zwei Prozentpunkten eher ausgeglichen. Die SPD mußte im Vergleich zu 1987 bis zu mehr als sechs Prozentpunkte abgeben, so im Wahlkreis Essen II mit einem Minus von 6,4 Prozent.

Dennoch gewannen die SPD-Kandidaten alle Wahlkreise im engeren Ruhrgebiet. Entgegen dem Trend haben die Sozialdemokraten in der Bundeshauptstadt Bonn zwei Prozent gegenüber 1987 zugelegt.

In Nordrhein-Westfalen nahmen insgesamt 10 312 248 von über 13 Millionen Wahlberechtigten ihren Wahlauftrag wahr. Damit lag die Wahlbeteiligung 1990 mit 78,7 Prozent unter der des Jahres 1987 mit 85,4 Prozent. 10 187 516 gültige Erststimmen und 10 207 809 gültige Zweitstimmen wurden registriert. Die Wahlbeteiligung erscheint in einem um so ungünstigeren Licht, wenn die Wahljahre vor 1987 zum Vergleich herangezogen werden. 1983 lag die Wahlbeteiligung bei 89,5 Prozent. Das sind beinahe elf Prozent mehr als 1990. Bei den Bundestagswahlen von 1972 und 1976 wurden sogar Rekordbeteiligungen von 91,8 und 91,3 Prozent erreicht.

Gesamtergebnisse der Bundestagswahlen 1987 und 1990 (Bundesgebiet)

Parteien	Bundestagswahl 25. Januar 1987			Bundestagswahl 2. Dezember 1990		
	Zweitstimmen	Prozent	Mandate	Zweitstimmen	Prozent	Mandate
Wahlberechtigte	45 290 668			60 373 753		
Wahlbeteiligung	84,3			77,8		
CDU	13 045 540	34,5	174	17 051 128	36,7	268
CSU	3 715 660	9,8	49	3 301 239	7,1	51
SPD	14 023 407	37,0	186	15 539 977	33,5	239
F.D.P.	3 439 686	9,1	46	5 123 936	11,0	79
GRÜNE (West)	3 124 657	8,3	42	1 788 214	3,9	—
B 90 / Grüne (Ost)	—	—	—	558 552	1,2	8
PDS	—	—	—	1 129 290	2,4	17
REP	—	—	—	985 557	2,1	—

Ergebnisse der Bundestagswahl 1987 und der Wahlen 1989 und 1990 in NRW

	Bundestagswahl 25. Januar 1987		Europawahl 18. Juni 1989		Kommunalwahl 1. Oktober 1989		Landtagswahl 13. Mai 1990		Bundestagswahl 2. Dezember 1990	
	Zweitstimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Zweitstimmen	%
SPD	4 693 081	43,2	3 479 586	43,6	3 563 904	43,0	4 644 341	50,0	4 196 608	41,1
CDU	4 357 794	40,1	2 854 797	35,7	3 111 964	37,5	3 410 045	36,7	4 132 437	40,5
F.D.P.	909 141	8,4	453 489	5,7	537 086	6,5	535 655	5,8	1 118 670	11,0
GRÜNE	813 071	7,5	634 959	7,9	691 195	8,3	469 098	5,0	440 462	4,3
REP	—	—	328 952	4,1	193 877	2,3	171 867	1,8	132 667	1,3

Direkt gewählte Bewerber in NRW-Wahlkreisen

Nr.	Wahlkreis	gewählte Bewerber/innen
53	Aachen	Dr. Hans Stercken (CDU)
54	Kreis Aachen	Achim Großmann (SPD)
55	Heinsberg	Dr. Karl Fell (CDU)
56	Düren	Wolfgang Vogt (CDU)
57	Erftkreis I	Klaus Lennartz (SPD)
58	Euskirchen-Erftkreis II	Dr. Wolfgang Bauer (CDU)
59	Köln I	Walter Rempe (SPD)
60	Köln II	Dr. Heribert Blens (CDU)
61	Köln III	Konrad Gilges (SPD)
62	Köln IV	Günter Oesinghaus (SPD)
63	Bonn	Editha Limbach (CDU)
64	Rhein-Sieg-Kreis I	Adolf Herkenrath (CDU)
65	Rhein-Sieg-Kreis II	Dr. Franz Möller (CDU)
66	Oberbergischer Kreis	Dr. Horst Waffenschmidt (CDU)
67	Rheinisch-Bergischer Kreis I	Franz Heinrich Krey (CDU)
68	Leverk.-Rhein.-Berg. Kreis II	Johannes Singer (SPD)
69	Wuppertal I	Rudolf Dreßler (SPD)
70	Wuppertal II	Dr. Willfried Penner (SPD)
71	Solingen-Remscheid	Bernd Witz (CDU)
72	Mettmann I	Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU)
73	Mettmann II	Heinz Schemken (CDU)
74	Düsseldorf I	Wolfgang Schulhoff (CDU)
75	Düsseldorf II	Volker Jung (SPD)
76	Neuss I	Dr. Bertold Reinartz (CDU)
77	Neuss II	Willy Wimmer (CDU)
78	Mönchengladbach	Hans-Wilhelm Pesch (CDU)
79	Krefeld	Dieter Pützhofer (CDU)
80	Viersen	Julius Louven (CDU)
81	Kleve	Heinrich Seesing (CDU)
82	Wesel I	Dr. Uwe Jens (SPD)
83	Wesel II	Dr. Jürgen Schumde (SPD)
84	Duisburg I	Helmut Wieczorek (SPD)
85	Duisburg II	Günter Schluckebier (SPD)
86	Oberhausen	Dieter Schanz (SPD)
87	Mülheim	Dieter Schloten (SPD)
88	Essen I	Otto Reschke (SPD)
89	Essen II	Peter Reuschenbach (SPD)
90	Essen III	Ingrid Becker-Inglau (SPD)
91	Recklinghausen I	Hans-Joachim Welt (SPD)
92	Recklinghausen II — Borken I	Horst Niggemeier (SPD)
93	Gelsenkirchen I	Joachim Poß (SPD)
94	Gelsenk. II — Recklingh. III	Norbert Formanski (SPD)
95	Boitrop-Recklinghausen IV	Dr. Franz-Josef Mertens (SPD)
96	Borken II	Elke Wüfling (CDU)
97	Coesfeld-Steinfurt I	Wilhelm Rawe (CDU)
98	Steinfurt II	Karl Josef Laumann (CDU)
99	Münster	Dr. Friedrich-Adolf Jahn (CDU)
100	Warendorf	Dr. Peter Paul Paziorek (CDU)
101	Gütersloh	Hubert Doppmeier (CDU)
102	Bielefeld	Günter Rixe (SPD)
103	Herford	Rolf Günther Koltzsch (SPD)
104	Minden-Lübbecke	Lothar Ibrügger (SPD)
105	Lippe I	Karl Hermann Haack (SPD)
106	Höxter — Lippe II	Meinolf Michels (CDU)
107	Paderborn	Friedhelm Ost (CDU)
108	Hagen	Hans-Günther Toetemeyer (SPD)
109	Ennepe-Ruhr-Kreis I	Adolf Ostertag (SPD)
110	Bochum I	Klaus Hasenfratz (SPD)
111	Bochum II — Ennepe-Ruhr-Kreis II	Klaus Lohmann (SPD)
112	Herne	Dieter Maaß (SPD)
113	Dortmund I	Hans-Eberhard Urbaniak (SPD)
114	Dortmund II	Wolfgang Weiermann (SPD)
115	Dortmund III	Ursula Burchardt (SPD)
116	Unna I	Dr. Ulrich Böhme (SPD)
117	Hamm — Unna II	Dieter Wiefelspütz (SPD)
118	Soest	Jürgen Augustinowitz (CDU)
119	Hochsauerlandkreis I	Ferdinand Tillmann (CDU)
120	Siegen-Wittgenstein I	Paul Breuer (CDU)
121	Olpe — Siegen-Wittgenstein II	Dr. Joachim Grünwald (CDU)
122	Märkischer Kreis I	Cornelia Barbara Yzer (CDU)
123	Märkischer Kreis II	Lisa Seuster (SPD)

Abgeordnete aus NRW-Landeslisten

Über die Landeslisten der Parteien gelangten folgende Bewerber/innen in den 12. Deutschen Bundestag:

Name	Wohnort
SPD	
Willy Brandt	Unkel
Anke Fuchs	Bonn 2
Dr. Christoph Zöpel	Bochum
Franz Müntefering	Sundern
Ingrid Matthäus-Maier	St. Augustin
Katrin Fuchs	Verl
Dr. Uwe Holtz	Hilden
Regina Schmidt-Zadel	Ratingen
Wolf-Michael Catenhusen	Münster
Hans Gottfried Bernrath	Grevenbroich 2
Helmuth Becker	Münster-Nienberge
Professor Dr. Horst Ehmke	Bonn 1
Volkmar Kretkowski	Krefeld
Margot von Renesse	Bochum 1
Rudolf Purps	Lennebstadt-Halberbracht
Anna Brandt-Elsweiler	Neuss 1
Franz Josef Vosen	Düren
Dieter Heistermann	Beverungen 1
Horst Jaunich	Ahlen
Johann Anton Berger	Bochum
Helmut Esters	Kevelaer
Ursula Schmidt	Aachen
Heinz-Alfred Steiner	Iserlohn
Michael Müller	Düsseldorf 31
Marianne Klappert	Freudenberg
Friedhelm Baucher	Bergneustadt
Hildegard Wester	Mönchengladbach 2
CDU	
Dr. Norbert Blüm	Bonn 1
Dr. Dorothee Wilms	Köln 51
Dr. Norbert Lammert	Bochum 1
Irmgard Krawatzki	Duisburg
Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf	Bonn 2
Dr. Bernhard Worms	Pulheim
Dr. Reinhard Göhner	Kirchlingern
Hans-Peter Schmitz	Baesweiler
Helene Fischer	Neuenkirchen
Karl Franz Lamers	Königswinter 1
Dr. Paul Hoffacker	Essen 16
Peter Hintze	Königswinter 1
Ilse Falk	Xanten
Johann-Joachim Borchert	Bochum 6
Horst Günther	Duisburg 26
Dr. Reinhard Meyer zu Bentrop	Bielefeld 17
Dr. Jürgen Rüttgers	Pulheim
Erwin Marschewski	Recklinghausen
Renate Diemers	Dortmund 30
Karl Alfons Müller	Wesseling
Ronald Pofalla	Weeze
Dr. Ruprecht Vondran	Oberhausen
Wolfgang Lohmann	Lüdenscheid
Friedrich Vogel	Warendorf 1
Erich Fritz	Dortmund 13
Wolfgang Meckelburg	Gelsenkirchen
Claire Marienfeld	Detmold
Professor Dr. Winfried Pinger	Köln 91
Andreas Schmidt	Mülheim an der Ruhr
Steffen Kampeter	Minden
F.D.P.	
Hans-Dietrich Genscher	Wachtberg-Pech
Dr. Otto Graf Lambsdorff	Bad Münstererfeld- Eschweiler
Dr. Irmgard Adam-Schwaetzer	Düren
Jürgen Möllemann	Münster
Dr. Burkhard Hirsch	Düsseldorf 11
Hans Hermann Gattermann	Dortmund 41
Professor Dr. Karl-Hans Laermann	Mönchengladbach 4
Dieter Cronenberg	Arnsberg 1
Gerhart Baum	Köln 50
Klaus Beckmann	Essen 1
Günther Nolting	Minden
Dr. Werner Hoyer	Köln 40
Gerhard Schüßler	Hagen 1
Paul Friedhoff	Kleve
Ina Albowitz	Gummersbach
Burkhard Zurheide	Enger
Jörg van Essen	Hamm 1

Informationsfahrt: Hafen Rostock – Flughafen Schönefeld – Verkehrsbetriebe Leipzig

Zuviel Personal, weniger Passagiere, schlechter Zustand

Der Verkehrsausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen informierte sich unter Leitung seines Vorsitzenden Hans Jaax (SPD), in Rostock, Berlin-Schönefeld und Leipzig über die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern. Dabei ging es insbesondere um den Hafen Rostock, den Flughafen Berlin-Schönefeld und die Leipziger Verkehrsbetriebe.

Die zur Zeit 250 000 Einwohner zählende Stadt Rostock setzt in ihrer Hafenpolitik auf einen Ausbau des Fährverkehrs zu den Ostseeanrainerstaaten insbesondere in Richtung der skandinavischen Länder. Die Konkurrenz zu den in Lübeck angebotenen Fährverbindungen wird dabei nicht übersehen. Als Vorteil des Hafens Rostock wurden die großen Reserveflächen hervorgehoben, die noch im Hafenbereich vorhanden sind. Eine Erweiterung des Sonderplanungsgebietes Hafen und die Umstrukturierung des Hafens seien zur Zeit in Arbeit. Die Hafenverwaltung habe in den letzten Monaten zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Fischerei- und Schiffsbaubetriebe mit erheblichen Problemen zu kämpfen hätten und stark schrumpfen würden. Auch der Stückgut- und Containerverkehr spiele in Zukunft keine große Rolle mehr. Zuwachsraten im Umschlag erhoffte man sich von dem Ausbau des Exports von landwirtschaftlichen Gütern und dem Flüssiggutbereich (Ölha-

Verkehrsplaner der Stadt Rostock eine Konzeption für die Entwicklung und den Bau von 20 Parkhäusern innerhalb der Stadt Rostock entwickeln wollen.

Die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH ist am 17. September 1990 gegründet worden. Der Betrieb selbst ist von der Interflug gepachtet worden. Ziel sei es, die Interflug, die bisher auch die Flughäfen in der ehemaligen DDR betrieben hat, vollständig zu entflechten.

In Schönefeld werden zur Zeit drei Millionen Passagiere pro Jahr abgefertigt. Die Kapazität der vorhandenen Infrastruktur reicht jedoch nur für 2,4 Millionen Passagiere. Insofern ist der Flughafen an die Grenze der Abfertigungskapazität gelangt. Zur Zeit sei ein erheblicher Einbruch im Passagieraufkommen zu verzeichnen. Das Jahr 1990 wird wahrscheinlich mit einem Aufkommen an Passagieren abschließen, das nur 60 Prozent des bisherigen Aufkommens erreichen wird. Für 1991 rechnet man wieder mit drei Millionen Passagieren und für 1992 wer-

unbedingt erforderlich. Einer der untersuchten Standorte für diesen neuen Großflughafen Berlin sei der vorhandene Flughafen Berlin-Schönefeld. Die Geschäftsführung des Flughafens sieht Standortvorteile in Schönefeld insbesondere deshalb, weil der Flughafen sehr gut an das überregionale Verkehrsnetz von Eisenbahn und Straße angebunden sei. Mit den vorhandenen zwei Start- und Landebahnen seien in Schönefeld bis zu 20 Millionen Passagiere zu bewältigen. Kurzfristig seien Investitionen von bis zu 200 Millionen Mark erforderlich, um die Abfertigungsgebäude in Schönefeld zu sanieren und kurzfristige Erweiterungen im Passagierbereich zu schaffen. Bis zum Jahr 2000 müssen die Vorplanungen eines neuen internationalen Flughafens Berlin entscheidungsreif vorliegen.

Eindringlich schilderte der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Hinrich Lehmann-Grube, dem Ausschuß die Situation in den großen Städten der ehemaligen DDR. Die totale Veränderung der Lebensverhältnisse habe große Umstellungsprobleme nach sich gezogen. In der Stadtverwaltung Leipzig mußte die gesamte Verwaltungsspitze – einschließlich aller Amtsleiter – neu besetzt werden. Die Städte in der ehemaligen DDR hätten große Schwierigkeiten insbesondere in der Liegenschaftspolitik und der finanziellen Situation.

Diese sei völlig ungeklärt, da bisher die Ländereorganisation in den fünf neuen Bundesländern noch völlig unterentwickelt sei. Die Ausstattung der Verkehrsinfrastruktur entspreche den Verhältnissen in der ehemaligen Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre. Das dicht ausgebaute System von Straßenbahnen und Buslinien in Leipzig sei ebenso wie die Stadtstraßen in einem technisch sehr schlechten Zustand. Die finanziell schlechte Situation der Vergangenheit sei maßgebend dafür, daß die Verkehrsinfrastruktur in den letzten Jahren nicht den Gegebenheiten angepaßt wurde. Die Stadt Leipzig entwickle zur Zeit einen Stufenplan, um die drängendsten Verkehrsprobleme zu lösen. Dazu gehöre auch der Flughafen Leipzig, der insbesondere im Hinblick auf seine Abfertigungsanlagen sich in einem miserablen Zustand befinde.



Zerfetzte Autokarosserien, häufig als Folge aggressiver Fahrweisen, gehören derzeit zum Straßenbild in den fünf neuen Ländern. Foto: NBI

Um das Hauptanliegen der Stadt zur Entwicklung einer neuen Hafenstruktur zu erreichen, nämlich den Ausbau des Fährverkehrs, sei unbedingt eine Verlängerung der Autobahn Berlin-Rostock in den Hafenbereich hinein erforderlich. Dabei soll der Fluß Warnow untertunnelt werden, um die nördlichen Wohngebiete der Stadt anzuschließen. Insgesamt seien erhebliche Investitionen notwendig, um die Verkehrsinfrastruktur in der Stadt Rostock zu verbessern. Dabei sei insbesondere an einen Ausbau des bestehenden S-Bahn, Straßenbahn- und Busnetzes gedacht. Auch der Ausbau von Umgehungsstraßen sei notwendig, um die Innenstadt vom Durchgangsverkehr zu befreien. Für den historischen Stadtkern Rostock ist an eine Vollsperrung für den Durchgangsverkehr gedacht. Die Radverkehrskonzeption sehe eine Gesamtlänge von 170 km vor, von denen bereit 55 km in Betrieb sei. Pro Jahr werde mit einem Zuwachs von 10 km gerechnet. Auch ein P+R-System soll entwickelt werden. Mit Erstaunen nahm der Verkehrsausschuß zur Kenntnis, daß die

den 3,5 Millionen Abfertigungen erwartet. Eine enge Zusammenarbeit der Flughäfen Berlin-Tegel und Berlin-Schönefeld ist geplant. Wahrscheinlich wird eine Holding gegründet, die die beiden Flughafengesellschaften koordinieren soll. Der Flughafen Berlin-Schönefeld liegt überwiegend auf Gebiet des Landes Brandenburg. Insofern werden an der neuen Gesellschaft der Bund, das Land Berlin und das Land Brandenburg beteiligt sein.

Für den Raum Berlin wird in einer Prognose für das Jahr 2010 mit 40 Millionen Passagieren gerechnet. Bereits in 1995 geht man von 18 Millionen Passagieren für den Großraum Berlin aus. Diese prognostizierten 40 Millionen Passagiere müßten in den vorhandenen zwei Flughäfen Tegel und Schönefeld bewältigt werden. Die Kapazität des Flughafens Tegel liegt derzeit bei ca. sieben Millionen Passagieren, die von Schönefeld bei drei Millionen.

Insofern ist ein Ausbau der vorhandenen Flughäfen oder ein völliger Neubau eines internationalen Flughafens im Raum Berlin

Leipziger Straßenbahn-Verkauf

Die Leipziger Verkehrsbetriebe wurden im Jahre 1862 gegründet. Der Verkehrsbetrieb unterhält 916 Straßenbahnfahrzeuge, 167 Omnibusse und 89 Gelenkfahrzeuge. Ungefähr 100 Straßenbahnfahrzeuge sollen in absehbarer Zeit veräußert oder verschrottet werden, da für sie kein Bedarf besteht. Es sei ein Rückgang der Beförderungsfälle zu verzeichnen, der insbesondere durch den zunehmenden Individualverkehr, die wachsende Arbeitslosigkeit und die Auflösung der Großkombinate verursacht sei. Eine Fahrpreiserhöhung auf 0,50 Mark pro Fahrt sei ab 1. Januar vorgesehen.

In naher Zukunft müssen die Verkehrsbetriebe einen erheblichen Teil des Personals abbauen. Für die weitere Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Leipzig soll eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben werden.

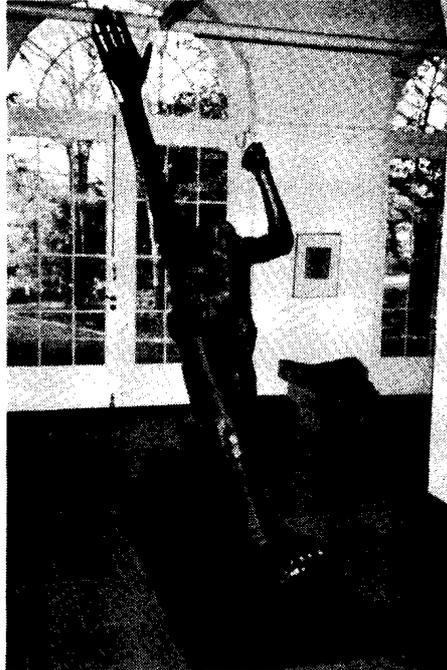
Oberhausener Kurzfilmtage stehen vor Jubiläum und versuchen ein „Comeback“

Geeignete Räume und passende Struktur für Kunst der DDR gesucht

Die internationalen Kurzfilmtage aus ihrem derzeitigen Tief herauszuführen und eine geeignete Form der Präsentation und Erforschung der DDR-Kunst finden — diese beiden Punkte standen im Mittelpunkt einer Sitzung des Kulturausschusses des Landtags in Oberhausen unter dem Vorsitz von Hildegard Matthäus (CDU).

Ende April kommenden Jahres ist es wieder so weit, die inzwischen 37. internationalen Kurzfilmtage suchen, wie es dem Motto der Veranstaltung entspricht, Wege zum Nachbarn. Daß dies nicht mehr so einfach zu bewerkstelligen ist, stellte die seit etwa einem Jahr amtierende neue Leiterin der Kurzfilmtage, Angela Haardt, fest. Sie will die Veranstaltung von einem reinen Sichtungs- in ein Diskussionsfestival umwandeln und braucht darum mehr Mittel als bisher. Die Stadt Oberhausen hat zwar inzwischen den Zuschuß um 300 000 Mark erhöht, und auch das Land hat mitgezogen, von 100 000 Mark „vor nicht allzu langer Zeit“ (Ministerialdirigent Kral, Kultusministerium) ist man inzwischen bei 530 000 Mark angelangt; aber die Stadtspitze, die mit Oberbürgermeister Friedhelm van den Mond, Oberstadtdirektor Drescher und Kulturdezernent Gerhardt vertreten war, machte deutlich, daß nach diesem Kraftakt die finanzielle Leistungskraft der Kommune an Grenzen stoße: Schließlich sei Oberhausen seit einigen Jahren Ausgleichsgemeinde und lebe damit unter dem Regiment, die Finanzen zu konsolidieren. Da sich Oberhausen zu seinem Festival bekenne, habe man noch einmal 20 000 Mark für die kommunale Filmarbeit im Umfeld draufgepackt — aber damit sei man an der Grenze der finanziellen Belastbarkeit angelangt.

Angela Haardt veranschlagte für Umbau und Wiedergewinnen des Renommées einige Jahre. Oberhausen müsse wieder zum Schnittpunkt der verschiedenen Szenen und Genres im Bereich des Kurzfilms werden. Dazu müsse man die Möglichkeit haben, die Filmemacher aus anderen Ländern einzuladen. Oberhausen, so ihr Ziel, solle zentraler Ort für den Kurzfilm in der Bundesrepublik werden; hier solle ein Überblick über die deutsche Produktion gegeben werden. „In Oberhausen kann man die neuesten Produktionen, die neuesten Trends sowohl der Dokumentar- wie der Experimental- und Trickfilme, der Videokunst wie der Spielfilme aus der ganzen Welt sehen, erleben, diskutieren“, stellt das Konzeptionspapier fest, mit dessen Hilfe Oberhausen, dessen Festival 1994 sein 40jähriges Jubiläum begeht, seine alte Bedeutung wiedererlangen und ausbauen möchte. Dabei will der Kultusminister nicht abseits stehen: Größere Hilfe sei nötig, wenn es Verbesserungen geben solle, das sei unbestritten, erklärte der Sprecher des Ministeriums und fügte hinzu, der Landtag habe in dieser Frage aber das letzte Wort. Die Ausschuß-



Symbolcharakter: Die Bronzeplastik „Jahrhundertschritt“ aus dem Jahr 1984/85 von Wolfgang Mattheuer in Oberhausen.

mitglieder kündigten an, diese Frage im Zuge der Haushaltsberatungen zu erörtern. Dr. Eugen Gerritz, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verlangte eine Vernetzung der Filminstitutionen im Lande: „Sonst wird NRW kein Film-land.“ Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) hielt das vorgelegte Konzept für tragfähig und regte an, zur Steigerung der Wirkung des Festivals in die Region hinein, einen Medienpädagogen einzustellen, der versuchen sollte, die Aufmerksamkeit von Jugendlichen auf dieses Festival zu richten. Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) schlug vor, bei den für die nächsten Jahre geplanten Schwerpunkten Werbefilm (1993) und Industriefilm (1994) die historischen Vorläufer in diesem Genre nicht zu vergessen.

In der barocken Anlage von Schloß Oberhausen ist das Ludwig-Institut für Kunst der DDR untergebracht — unter beengten Bedingungen: Nur knapp acht Prozent der Kunstwerke können ausgestellt werden,

erläuterte Institutsleiter Bernhard Mensch, und Professor Peter Ludwig, zusammen mit seiner Frau Stifter der Werke, fügte hinzu: „Dauerleihgaben machen nur Sinn, wenn man sie zeigen kann.“ Ludwig machte den Ausschuß eindringlich auf die Chance für Oberhausen aufmerksam: Hier verfüge man über die beste Sammlung der Kunst der ehemaligen DDR, die es sonst nirgends gebe. Unter Hinweis auf weitere Stiftungen des Aachener Ehepaares in anderen Städten Nordrhein-Westfalens, die die westdeutsche Kunst zum Gegenstand hätten, eröffnete Oberhausen die Möglichkeit, die gesamte Kunstentwicklung nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Ost und West und ihr Zusammenwachsen nach der Einigung aufzuarbeiten und darzustellen.

Bisher gebe es keine Auseinandersetzung mit der Entwicklung im anderen Teil Deutschlands, fand Ludwig; Hochmut hierzulande sei nicht angebracht, die Menschen drüben hätten sich Stalin schließlich nicht selbst ausgesucht. Trotz aller verordneten Teilung und eigenständigen Entwicklung wäre eine objektive Darstellung einer deutschen Kunst, die bei erzwungener Trennung eine gemeinsame Geschichte hatte, lohnend und notwendig. Ludwig: „Einer muß es leisten. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das bevölkerungsreichste Land, sondern auch von der Tradition her geeignet, ein solches Museum anzupacken.“ Er sei im übrigen dafür, dieses Museum durch ein gesellschaftswissenschaftliches Universitätsinstitut „abzusichern“, um die Erforschung der deutschen Nachkriegskunst gesellschafts- und sozialpolitisch zu vertiefen. Oberhausen sei zudem der richtige Platz, denn diese Stadt sei „nicht immer kulturell gut vom Land behandelt“ worden.

Dr. Eugen Gerritz wünschte mehr Aufgaben für das Institut, die Sammlung sollte durch die „platteste und dümmlichste stalinistische Kunst“ ergänzt werden, die es drüben auch gegeben habe, die aber jetzt in den neuen Bundesländern als Müll verbrannt zu werden drohe. Der Sprecher fragte auch nach einer vorwärtsgewandten Perspektive für dieses Haus, es dürfe nicht zu einer rein historischen Einrichtung „degenerieren“. — Das Ludwig-Institut für Kunst der DDR in Oberhausen wird den Kulturausschuß also weiter beschäftigen.



Legte dem Kulturausschuß seine Vorstellungen dar: Professor Peter Ludwig als Stifter. Rechts Hildegard Matthäus.

Neuer EG-Ansatz Energie-Politik: Versorgungssicherheit gewährleisten

Der Bericht der Landesregierung über den Stand der Vorarbeiten für die Regierungskonferenz über die politische Union in Rom stand im Mittelpunkt der 3. Sitzung des Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit am 5. Dezember. In seiner Sitzung am 8. November hatte der Landtag den von SPD, CDU und F.D.P. eingebrachten Antrag „Stärkung der Regionen in Europa“ zum Beschluß erhoben. Die Landesregierung wurde aufgefordert, vor Beginn der Regierungskonferenz über die politische Union in Rom im Dezember 1990 dem Landtag über den Stand der Vorarbeiten zu berichten.

Für die Landesregierung begrüßte Minister Wolfgang Clement die Entschliebung des Landtags vom 8. November 1990, mit der die Position der Landesregierung unterstützt werde. Er habe die Entschliebung dem Chef des Bundeskanzleramtes übermittelt. Drei Themen würden im Hinblick auf die Änderung der Gemeinschaftsverträge auf EG-Ebene zur Zeit vor allem diskutiert, nämlich die Energie-, Verkehrs- und die Kulturpolitik. Auf EG-Ebene werde eine neue umfassende gemeinsame Politik für alle Aspekte des Energiesektors angestrebt. Dabei sei das Arbeitspapier der Kommission vom 5. Juli 1990 besonders interessant. Es enthalte Aussagen, die grundsätzlich den schon seit langem gestellten Forderungen von NRW entgegen kämen. So werde z. B. erstmals auf EG-Ebene auch die Notwendigkeit einer Gewährleistung der Versorgungssicherheit angesprochen. Es werde festgestellt, daß die Kosten der Sicherstellung in der Energieversorgung – dazu zähle auch die Förderung nicht konkurrenzfähiger heimischer Ressourcen – als eine Art Versicherungsprämie für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit angesehen werden könnten. Offen bleibe jedoch, wie hoch das

Niveau einer solchen Prämie sein dürfe und wie lange und unter welchen Bedingungen Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit dem guten Funktionieren eines Europäischen Binnenmarktes für Energie vereinbar seien.

Aus der Sicht der Landesregierung sei das Problem der Kohleverstromung nur unzureichend diskutiert worden. Die Verstromung deutscher Kohle sei immer ein Angriffspunkt der EG-Kommission gewesen und werde es auch künftig sein. In dem Arbeitspapier werde die Absicht deutlich, das zulässige Schutzniveau der Kohle (vor derzeit 27 %) auf 20 % festzusetzen mit der Aussicht einer schrittweisen Senkung auf 15 % bis zum Jahr 2000. Dies hätte allerdings einschneidende Wirkungen für den deutschen Steinkohlenbergbau.

Für die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes spiele natürlich auch die Liberalisierung des Güterverkehrs eine zentrale Rolle. Grundsätzlich habe zu gelten: Die Verringerung der Umweltbelastungen durch den Kfz-Verkehr, die Planung ökologisch verträglicher Trassen und die Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel müßten Bestandteile einer



Europäische Energie-, Umwelt- und Kulturpolitik im Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit, v.l. Vorsitzender Jürgen Büssow (SPD), Stellvertreter Franz Skorzak (CDU).

Fotos: Schüler

europäischen Verkehrskonzeption sein. Zum Thema Kulturpolitik wurde ausgeführt, daß sich auf EG-Ebene mittlerweile Bestrebungen abzeichneten, die kulturelle Dimension der gemeinschaftlichen Aktionen in einem Vertragsartikel zu verankern. Entscheidend sei, daß dann, wenn der EG im Bereich von Kultur und Bildung zusätzliche Kompetenzen eingeräumt würden, die Länder, die ja Träger der Kultureinheit seien, im Gegenzug qualifizierte Beteiligungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene erhielten. Dem Bericht der Landesregierung schloß sich eine intensive Diskussion über die angesprochenen Schwerpunkthemen an. Der europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion Norbert Giltjes bezeichnete die neuen Vorstellungen zur Versorgungssicherheit als einen interessanten Ansatz; über die Prozentsätze müsse allerdings noch gesprochen werden. Bei den kulturpolitischen Intentionen gehe es allerdings „ans Eingemachte“. Er bezweifelte, ob es dabei mit verbesserter Mitwirkung getan sein könne.

Der SPD-Abgeordnete Dr. Bernhard Kasperrek betonte, daß es immerhin beachtlich sei, daß nunmehr der Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit bei den Überlegungen der Kommission eine Rolle spiele. Um die spezifischen Interessen des Landes und der Kohle soweit wie möglich durchzusetzen, sollte sich der Landtag möglichst bald zu einer unterstützenden öffentlichen Initiative entschließen. Der SPD-Sprecher im Unterausschuß Erich Heckelmann forderte eine gemeinsame Sitzung mit den nordrhein-westfälischen Europa-Abgeordneten, bei der die Frage der Quotierung bei den nationalen Energieträgern eine zentrale Rolle einnehmen müsse.

Bei der Verkehrspolitik werde es darauf ankommen, so der F.D.P.-Abgeordnete Dr. Horst-Ludwig Riemer, für die verschiedenen Verkehrsträger gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Allerdings gehöre nach Auffassung der Abgeordneten der Fraktion DIE GRÜNEN, Bärbel Höhn, dazu auch, daß gleichartige Arbeitsbedingungen geschaffen würden.

Abschließend bekräftigte der Unterausschuß den Beschluß des Hauptausschusses aus der vorigen Wahlperiode, nunmehr im Herbst 1991 ein „Europa-Forum“ in Düsseldorf unter breiter Beteiligung von Vertretern der Länder, Regionen und Autonomen Gemeinschaften durchzuführen.

Sechs Ressorts mit Technikfolgen befaßt

Technik mit sozialen Neuerungen verbinden

Zur Berichterstattung über die Aktivitäten im Bereich Technikbewertung/Technikfolgenabschätzung hatte die Vorsitzende des Ausschusses „Mensch und Technik“ Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), am 16. November 1990 Vertreter der Landesregierung eingeladen. Insgesamt sechs Ministerien befassen sich im engeren Sinne mit der Förderung und Gestaltung von Techniken.

Der Technikbezug in den Ressorts der Landesregierung ist sehr unterschiedlich und folglich auch die Art und Weise, wie man sich mit den Technikfolgen befaßt. Am konsequentesten wird die Orientierung des Einsatzes neuer Technologien an ihren Folgen in dem Landesprogramm „Mensch und Technik – Sozialverträgliche Technikgestaltung“ des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales verfolgt. Dieses Landesprogramm will die sozialverträgliche Technikgestaltung als bestimmendes Leitbild von Technikführungs- und Nutzungskonzepten verankern. Gerade deshalb ist es wichtig, so heißt es in dem Bericht des Arbeitsministers, möglichst frühzeitig auf den Gestaltungsprozess neuer Technologien Einfluß zu gewinnen. Hierzu gehören die Bestimmung ergonomischer Kriterien sowie die Weiterentwicklung von Arbeitsschutz- und Sicherheitsmaßnahmen. Grundsätzlich kommt es darauf an, technische Innovationen mit sozialen Erneuerungen zu verbinden, damit die Einführung neuer technischer Systeme nicht zu sozialem Rückschritt und zu politischen Kontroversen führen.

Im Bericht des Ministers für Stadtentwick-

lung und Verkehr wird daran erinnert, daß die Übergänge zwischen einer Politikberatung durch Technikfolgenabschätzung und einer sozialverträglichen Technikgestaltung im Rahmen politischer Zukunftverantwortung fließend sind.

Der für ein hochindustrialisiertes Bundesland wie Nordrhein-Westfalen notwendige technische Fortschritt fordert die Politik heraus, die Rahmenbedingungen für technologische Entwicklungen und Optionen zu setzen, sie zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern. Im „Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung“ (ILS) in Dortmund wird unter anderem anhand von Gutachten geprüft, wie die zum Teil abstrakten Diskussionen über Technikbewertung für die konkreten Handlungsfelder des Landes Nordrhein-Westfalen fruchtbar gemacht werden können. Zu erinnern ist aber auch an Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, zum Lärmschutz an Flugzeugen, für einen behindertengerechten Öffentlichen Personennahverkehr oder zur Begrenzung von Schadstoffmissionen im Rahmen der Verkehrspolitik.

(wird fortgesetzt)

Dioxin-Antrag für erledigt erklärt

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm in seiner Sitzung am 5. Dezember unter der Leitung des Vorsitzenden Bodo Champignon (SPD) die abschließende Beratung des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN zur Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung in Remscheid durch Dioxinfunde infolge des Flugzeugabsturzes vom 8. Dezember 1988 (Drs. 11/37) vor.

Der Sprecher der CDU-Fraktion, Georg Grell, wies darauf hin, wenn auch der vorliegende Antrag vom mitberatenden Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung für erledigt erklärt worden sei, treffe dies keinesfalls für die Folgen des Flugzeugabsturzes und die daraus resultierenden Ängste der Bevölkerung zu. Immer noch sei der Stadtpark von Remscheid geschlossen, und immer noch verlange die Bevölkerung neue Untersuchungen auf PCB und Dioxin. Er bitte deshalb die Landesregierung, auch für den städtischen Bereich ein „Monitoring“ einzuleiten, um die Grundbelastungen in den Städten festzustellen und die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn für den Stadtpark Remscheid auszusprechen, um die Sanierung einleiten zu können, sobald die letzten Überprüfungen durchgeführt worden seien.

Der Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN, Daniel Kreutz, erinnerte daran, daß seine Fraktion den Antrag entsprechend geändert habe, so daß es jetzt um die Gesundheitsgefährdung infolge Dioxinfunden gehe, unabhängig davon, woher sie resultierten. Nach seiner Meinung sei der Antrag keinesfalls erledigt; denn es gebe noch eine Reihe offener Fragen, beispielsweise was die angewandte Untersuchungsmethode, die Information der in Remscheid tätigen Ärzte über mögliche gesundheitliche Auswirkungen von Dioxin- und PCB-Belastungen sowie das von seiner Fraktion befürwortete landesweite Hearing zur Dioxin-Belastung in Nordrhein-Westfalen angehe.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfram Kuschke, beantragte, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN für erledigt zu erklären. Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und F.D.P. wurde der Antrag für erledigt erklärt.

Der Ausschuß kam außerdem einvernehmlich überein, am 10. Januar 1991 eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes —FlüAG — (Drucksache 11/676) durchzuführen. Dazu wurde eine Liste der Anzuhörenden — darunter kommunale Spitzenverbände, Landschaftsverbände, das Katholische und Evangelische Büro, einige Vertreter von Städten und Gemeinden sowie der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen NW und einige andere Persönlichkeiten — und ein Fragenkatalog festgelegt. Die abschließende Beratung soll im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge am 16. Januar 1991 erfolgen.



Die Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Ingeborg Friebe (M.) hat vom Vorsitzenden des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen, Philipp Prinz zu Salm (r.), einen Weihnachtsbaum entgegengenommen, der im Foyer des Landtags aufgestellt wurde. Prinz Salm dankte mit dem Weihnachtsbaumgeschenk den Abgeordneten im Landtag dafür, daß sie dem Wald und der Forstwirtschaft auch im zurückliegenden Jahr wieder ihre Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Von besonderem Interesse bleibe für die Waldbauern die Umweltpolitik, vor allem die Luftreinhaltmaßnahmen. Der Vorsitzende führte ferner aus, die Mehrzahl der Weihnachtsbäume falle bei der Pflege junger Wälder an. Durch deren Entnahme verringere der Waldbauer die Zahl der gepflanzten Fichten und schaffe so den zukünftigen Bäumen Wuchsraum und Standkraft. Dadurch entstünden stabile Wälder, die das Kohlendioxid aus der Luft binden könnten. Foto: Schüler

Schleppende Bearbeitung von Beihilfe-Anträgen

Ein Wuppertaler Beamter wandte sich mit einer Beschwerde an den Petitionsausschuß, als er nach sechs Wochen für Krankheitskosten in Höhe von 6400 Mark von der Beihilfestelle weder eine Abschlagszahlung noch eine Abrechnung erhalten hatte. Der Ausschuß ging der Sache nach und ermittelte längere Bearbeitungszeiten beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf aufgrund zunehmender Arbeitsbelastung bei unveränderter Personalausstattung. Da es sich bei der Beschwerde nicht um einen Einzelfall handelte, übermittelte er den Vorgang an den Ausschuß für Innere Verwaltung und an den Haushaltsausschuß.

„Am 15. Februar habe ich der Beihilfestelle diverse Rechnungen im Gesamtbetrag von 6392 Mark zwecks Erstattung eingereicht“, schrieb der Petent Ende März. Darunter sei eine Krankenhausrechnung über mehr als 4000 Mark gewesen. Er habe um Abrechnung und Abschlagszahlung gebeten, jedoch statt dessen nach über sechs Wochen eine Mahnung des Krankenhauses erhalten. „Ich halte eine so langsame Bearbeitung für eine Verletzung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn, da es mir wohl nicht zugemutet werden kann, Aufwendungen in dieser Höhe aus eigenen Mitteln vorzustrecken.“

Das Innenministerium wies in der Antwort auf die Nachfrage des Petitionsausschusses auf weitere Beschwerden hin und machte auf hohe Belastung in den Beihilfestellen der Schulabteilungen auch bei anderen Regie-

rungspräsidenten aufmerksam, die durch wachsende Anzahlen von Anträgen und arbeitsaufwendige Änderungen des Prüf- und Berechnungsverfahrens verursacht würden. Hierfür steht jedoch nicht mehr Personal zur Verfügung als früher.

Bereits im Januar 1990 waren lange Bearbeitungszeiten von Beihilfe-Anträgen beim Regierungspräsidenten in Köln Gegenstand einer Kleinen Anfrage im Landtag. In der Antwort des Innenministers wurden die Zunahme von Anträgen, die Stellenausstattung, behördeninterne Maßnahmen und durchschnittliche Bearbeitungsdauer zahlenmäßig für alle fünf Regierungspräsidenten belegt (Drs. 10/5068). Eine Abhilfe ohne zusätzliches Personal erscheint danach nicht möglich, weil bei Abzug von Sachbearbeitern aus anderen Bereichen Vollzugsdefizite dort riskiert würden.

Personalkosten

In seinen Sitzungen am 22. November und am 6. Dezember stimmte der Haushalts- und Finanzausschuß wiederum im Vorgriff auf den Haushalt 1991 Einstellungszusagen zu. Außerdem bewilligte er 581 weitere befristete Stellen für Hilfen im Gebiet der ehemaligen DDR. Die Kosten dieser personellen Hilfen bezifferte der NRW-Finanzminister auf insgesamt 70 Millionen Mark jährlich. Im Nachtragshaushalt waren bereits 387 befristete Stellen eingerichtet worden. Mit Personal- und Sachleistungen will sich Nordrhein-Westfalen, das wurde in der Sitzung mitgeteilt, künftig an anderen Bezirken in den fünf neuen Ländern zurückziehen und ganz auf Brandenburg konzentrieren. NRW habe größere Probleme als andere Partnerländer, weil es räumlich weiter entfernt liege.

Vorsitzender: Integration nur möglich bei Toleranz der Gesellschaft

Arbeitsgruppe erweitert ihren Auftrag auch auf Probleme von Aussiedlerkindern

Unter Vorsitz von Jürgen Schaufuß (SPD) trat die vom Plenum eingesetzte Arbeitsgruppe des Ausschusses für Schule und Weiterbildung „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“ zu ihrer konstituierenden Sitzung am 23. November zusammen. Dabei wurde der Zeitplan für 1991 beschlossen und ein Themenkatalog andiskutiert. Auch wurde über das politische Selbstverständnis der Arbeitsgruppe gesprochen.

Die Arbeitsgruppe setzt sich aufgrund des SPD-Antrags (Drs. 11/430) aus zehn Mitgliedern im Verhältnis 5:3:1:1 unter Berücksichtigung aller Fraktionen zusammen. Sie steht damit in der Tradition der in den vergangenen beiden Legislaturperioden eingesetzten Arbeitsgruppen, die nach übereinstimmender Auffassung aller Fraktionen zukunftsweisende Arbeiten geleistet und gute Ergebnisse erzielt haben. Bei den

Legislaturperiode die Problematik der Beschulung ausländischer Schülerinnen und Schüler beraten habe. Dabei seien Beratungsschwerpunkte gewesen:

- Novellierung der Richtlinien zum Unterricht für ausländische Schüler
- Regelförderung der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher
- Einschulungshilfen
- Qualifizierung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts
- Beschulung von Asylbewerberkindern
- Islamische Unterweisung und griechisch-orthodoxer Religionsunterricht
- Lehrerversorgung

Zusammenfassend stellte Schaufuß fest, daß sich Ende der 80er Jahre die Situation der ausländischen Schülerinnen und Schüler insgesamt verbessert habe. In Zukunft sei es hilfreich, daß inzwischen breite Teile der Lehrerschaft über langjährige Erfahrungen im Unterricht mit ausländischen Schü-

sche Kinder und Jugendliche und die Förderung von Zweisprachigkeit bei deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern durch Koordination des Mutter- und Fremdsprachenunterrichts.“

Alles sollte aber weiterhin unter dem Aspekt einer behutsamen Integration der ausländischen Schüler und Schülerinnen in unsere Gesellschaft und der damit verbundenen Verbesserung der sozialen Partnerschaft in unserem Lande geschehen. Hierbei werde es insbesondere, so Schaufuß, auch darauf ankommen, die noch immer große Gruppe der randständigen türkischen Jugendlichen und den zunehmenden Anteil anderer, nicht aus den klassischen Herkunftsländern stammenden Ausländer zu integrieren. Der Sprecher betonte, daß das Land Nordrhein-Westfalen als ein stark ausgeprägtes Industriegebiet auch künftig seinen Reiz auf Ausländer behalten werde. Insofern gäbe es in unserem Land auch künftig eine multikulturelle Gesellschaft, die sich aus Angehörigen verschiedener Herkunftsländer, Rassen, Kulturen und Religionen zusammensetze. Gelingen es nicht, die Jugendlichen auf das Zusammenleben dieser unterschiedlichen Gruppen vorzubereiten, ergäben sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bei uns Probleme, wie sie in den letzten Jahren in den Ballungszentren Großbritanniens und Frankreichs, aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika zu verzeichnen waren.

Schaufuß weiter: „Eine Integration dieser genannten Gruppen, wie auch die Schaffung eines für alle Bürger erträglichen sozialen Klimas, kann erreicht werden, wenn die Gesellschaft bereit ist, eine tolerante Grundhaltung einzunehmen. Dies kann nicht durch Separation, sondern nur durch Integration im Rahmen interkultureller Bewußtseinsbildung erfolgen. Insofern bedarf es neben der Fortführung der schulischen Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher einer Verstärkung der Integrationsarbeit für erwachsene Bürger durch Weiterbildungsmaßnahmen.“

Nach zehnjähriger Arbeit komme die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis, daß sie wesentliche politische Impulse zur Verbesserung der Situation der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den nordrhein-westfälischen Schulen habe geben können. Sie sei zuversichtlich, daß die eingeleiteten Maßnahmen fortgeführt werden und überzeugt, daß beim Kultusminister und beim Landesinstitut für Schule und Weiterbildung sowie bei den Lehrerinnen und Lehrern unseres Landes der Wille vorhanden sei, ausländische Schülerinnen und Schüler auch künftig besonders zu fördern, ihnen die Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen und allen Schülern gemeinsam interkulturelle Werte zu vermitteln. Deshalb sei es naheliegend gewesen, dem Landtag der 11. Wahlperiode wiederum eine Arbeitsgruppe zu empfehlen. Diese sollte allerdings mit einem erweiterten Auftrag versehen werden, damit die Gesamtproblematik der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Asylantragsprobleme und die Fragen, die mit dem vermehrten Zuzug von Aus- und Übersiedlern entstehen, fortlaufend beraten werden kann. Diesem Wunsch, so Schaufuß, sei das Plenum gefolgt, so daß man nun die begonnene Arbeit auch in den 90er Jahren fortsetzen könne.



Konstituierende Sitzung: Die Arbeitsgruppe Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern mit ihrem Vorsitzenden Jürgen Schaufuß (3. v. r.). Foto: Schüler

Arbeiten in der vergangenen 10. Legislaturperiode stellte sich heraus, daß eine Ausweitung des Arbeitsauftrages um Probleme von Aussiedlerkindern sachlich geboten ist. Deshalb setzt sich die Arbeitsgruppe nunmehr auch aus Mitgliedern aus dem Bereich der Ausschüsse für Kinder, Jugend und Familie sowie für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge zusammen.

Über die Arbeit der Arbeitsgruppe der letzten Legislaturperiode hatte bereits Vorsitzender Jürgen Schaufuß im Ausschuß für Schule und Weiterbildung einen ausführlichen Bericht abgegeben. Er wies darauf hin, daß die Arbeitsgruppe, die erstmals in der 9. Legislaturperiode vor dem Hintergrund wachsender Ausländerfeindlichkeit eingesetzt worden war, auch in der vergangenen

lern und Schülerinnen verfügten. Nicht unwesentlichen Anteil daran hätten auch die 14 „Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher“, die unter anderem die Lehrer und Lehrerinnen durch Beratung und Erstellen von Materialien unterstützt haben. Für das kommende Jahrzehnt gab Schaufuß die Prognose, daß ein Schwerpunkt der Arbeit auf Maßnahmen liegen müsse, die auf Stabilisierung sowie Konsolidierung des Erreichten abzielen und zudem die Qualifizierung der Erziehungs- und Bildungsarbeit auf hohem Niveau fortführen. Der Vorsitzende wörtlich: „Als weitere Schwerpunkte sind vorzusehen: die Entwicklung einer im Bedarfsfall schnell umsetzbaren Rahmenkonzeption zum Muttersprachenunterricht für vorübergehend hier lebende ausländi-

Studentenwerke

Lage bei Mensen und Cafeterien wird als sehr schwierig anerkannt

Zur Situation der Studentenwerke will der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung am 21. Februar 1991 ein Hearing mit Studentenwerks-Vertretern durchführen, um zu klären, ob organisatorische und technische Änderungen einschließlich der Frage einer möglichen Umstellung bisheriger Förderungsmodalitäten zur Verbesserung der Lage erforderlich und möglich sind. Die Notwendigkeit einer solchen Anhörung, die auf eine Anregung der Fraktion DIE GRÜNEN zurückgeht, wurde von allen Fraktionen einmütig unterstrichen.

In der im Ausschuß unter Leitung des Vorsitzenden Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) durchgeführten Beratung zu den Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf die Einrichtungen der Studentenwerke, der auch eine erbetene schriftliche Stellungnahme der Ministerin für Wissenschaft und Forschung zugrunde lag, wurde einhellig die Auffassung vertreten, daß vor allem die Lage in den Verpflegungsbetrieben der Studentenwerke als sehr schwierig zu beurteilen ist. Diese Einschätzung wurde auch von Staatssekretär Dr. Gerhard Konow in seinem erläuternden Vortrag geteilt.

Im schriftlichen Bericht des Ministeriums wird ausgeführt, daß die 13 Studentenwerke mit den im Haushalt 1990 zusätzlich bereitgestellten 45 Stellen über 2660 Planstellen verfügen. Die Stellen stünden zur Erfüllung der Aufgaben der Studentenwerke zur Verfügung, die neben der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) in ihren Verpflegungsbetrieben, nämlich 165 Mensen, Erfrischungsräumen und Cafeterien unterschiedlicher Größe und Ausstattung, soziale Dienstleistungen für die Studenten erbringen. Die Landesregierung habe sich eingehend mit den Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung (von 40 auf 38,5 Wochenstunden sowie nach § 15a BAT/MTL) auseinandergesetzt und ihre Überlegungen in dem Grundsatz bekräftigt, die Aufgaben in der Landesverwaltung mit dem bisherigen Stellenbestand zu erfüllen. Durch eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen bei allen Behörden und Einrichtungen des Landes habe ein Ausgleich gefunden werden können. Auch bei den Studentenwerken mußte, so der Bericht, im Rahmen des Möglichen durch Umschichtung des bisherigen Stellenbestandes unter aufgabenkritischer Überprüfung eine Optimierung der Aufgabenerfüllung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit erreicht werden. Noch verbliebenen Engpässen werde von Studentenwerken durch Einsatz von Zivildienstleistenden und Kräften im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie durch Anordnung von Überstunden und Einsatz von Aushilfskräften entgegengewirkt. Auch der Wegfall der Stellenbesetzungssperre ab 1. Januar 1990 gerade im Bereich der Mensen habe eine weitere Erleichterung gebracht. Mit organisatorischen und perso-



Eine Delegation des belorussischen Friedensrates hat auf ihrer Reise durch die Bundesrepublik auch den nordrhein-westfälischen Landtag besucht. In Vertretung der Landtagspräsidentin wurden die Weißrussen von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (M.) empfangen. Gegenüber „Landtag intern“ wies Klose darauf hin, die Gäste seien beeindruckt gewesen von der Herzlichkeit, mit der sie in Deutschland aufgenommen worden seien. Ihre Hoffnung habe sich erfüllt, daß sich die Beziehungen freundschaftlich gestalteten. Außerst interessiert habe sich die Delegation auch an der Arbeit des Parlaments gezeigt. Foto: Schüler

nellen Maßnahmen sowie Veränderungen der Öffnungszeiten hätten die Studentenwerke ihre Leistungsfähigkeit in den Verpflegungsbetrieben soweit wie möglich erhalten können. Für die Förderungsabteilungen der Studentenwerke seien an weiteren personellen Verbesserungen die Entsperrung der im Haushalt 1990 ausgewiesenen 33 kw-Stellen sowie die Bereitstellung weiterer Mittel für 25 zusätzliche Stellen im Regierungsentwurf des Landeshaushaltes 1991 vorgezogen.

Arbeitszeitverkürzung

Die Vorlage des Ministeriums kommt zu dem Schluß, daß die Erschwernisse, die die Studentenwerke durch die Arbeitszeitverkürzung haben, nicht verkannt würden. Die Studentenwerke seien jedoch trotz erhöhter Anforderungen, insbesondere aufgrund der weiter gestiegenen Zahl der Studierenden (die Zahl der Studienanfänger zum Wintersemester 1990/91 ist auf 70 000 gestiegen, was eine Steigerung gegenüber dem WS 1989/90 um 12,4 Prozent bedeutet) bemüht und in der Lage, ihre sozialen Aufgaben im notwendigen Umfang zu erfüllen.

In der Diskussion bezeichnete der Sprecher der Grünen, Dr. Michael Vesper, die von der Landesregierung zur Arbeitszeitverkürzung auch auf die Studentenwerke angewandte Grundsatzhaltung als falsch und unverständlich. Gerade im Verpflegungsbereich herrsche schon ohne die drastische Steigerung der Studentenzahlen eine schlimme Situation. Vor allem dort müßten Ausnahmen gemacht werden. Auch Ausschußmitglied Dr. Andreas Lorenz (CDU) bemängelte, daß die Realitäten im schriftlichen Bericht nicht so ernst dargestellt würden, wie sie tatsächlich existierten. Die hierin enthaltene Schlußfolgerung sei eine Vernebelung der gegebenen Situation. Hätte eine unter Verantwortung der CDU stehende Landesregierung den Auffang der Arbeitszeitverkürzung durch „Arbeitsverdichtung“ proklamiert, wäre sie sicher einer „Ausbeutung“ bezichtigt worden.

Rudolf Apostel (SPD) stellte als Sprecher

seiner Fraktion fest, daß die Schwierigkeiten der Studentenwerke von allen Fraktionen übereinstimmend beurteilt würden. Lösungsmöglichkeiten seien allerdings nicht sofort zu sehen und müßten bei und nach der Anhörung geklärt werden. Möglicherweise könne man dann im Ausschuß zu einem Durchbruch kommen und auch gesetzliche Konsequenzen ziehen. Seines Erachtens sei auch die Gestaltungsfähigkeit der Beteiligten herausgefordert. Es sei aber klar, daß es Verbesserungen geben müsse. Für die Fraktion der F.D.P. erklärte Schultz-Tornau, daß es zwar nicht so sein könne, daß Arbeitszeitverkürzungen grundsätzlich durch Mehrinstellungen im gleichen Umfang ausgeglichen werden. Was die Verpflegungsbetriebe angehe, sei die Situation allerdings nicht mehr hinnehmbar. Insbesondere in den Nebenstellen der Mensabetriebe sei eine ordnungsgemäße Verpflegung nicht mehr gewährleistet. Eine rechtliche Neukonstruktion für die Studentenwerke in Richtung auf mehr Flexibilität halte er für unabdingbar. Der Staatssekretär stellte klar, daß das vom Ausschuß beabsichtigte Hearing auch von der Landesregierung begrüßt werde.

Sondergerichte im Dritten Reich

Noch immer liegt ein Schleier über den regionalen Sondergerichten des Dritten Reiches. Hans Wüllenweber, freiberuflicher Journalist und Mitglied der nordrhein-westfälischen Landespressekonferenz, hat Hunderte bisher unbekannter Akten, darunter Todesurteile und Hinrichtungsprotokolle, gesichtet und erstmals eine umfassende Dokumentation der von diesen Gerichten begangenen und großenteils bis heute ungesühnten Verbrechen vorgelegt. Das Buch ist im Luchterhand Literaturverlag unter dem Titel „Sondergerichte im Dritten Reich — Vergessene Verbrechen der Justiz“ erschienen und im Buchhandel zum Ladenpreis von 19,80 Mark zu erhalten.

Ein Hotel für nicht notwendige auswärtige Dienstbesprechung gebucht

LRH zu Fachberatern in Schulaufsicht: Unterstützung oder verdeckte Aufstockung?



Unter den Augen der Rechnungsprüfer vorangetrieben: Der Stadtbahnbau im Revier, hier ein Abschnitt in Geisenkirchen-Bismarck, wo die Emschertalbahn zu unterqueren war. Foto: Kassert

Unter dem Vorsitz von Walter Neuhaus (CDU) nahm der Ausschuß für Haushaltskontrolle am 20. November die Beratung des vom Landesrechnungshof (LRH) vorgelegten Jahresberichts über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1989/90 auf, nachdem er in den vorangegangenen Sitzungen das Beratungsverfahren und die jeweils zuständigen Berichterstatter festgelegt hatte. Der Ausschuß hatte sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Beratung dieses Jahresberichts noch nach dem bisher praktizierten Berichterstattungsverfahren durchzuführen, innerhalb des nächsten Jahres aber sein Aufgabenfeld konzeptionell neu zu definieren und Lösungen zur Steigerung seiner Arbeitseffektivität zu entwickeln.

Nach einer Einführung in den allgemeinen Teil des Jahresberichts durch den Landesrechnungshof erläuterte Franz-Josef Britz (CDU) dem Ausschuß als zuständiger Berichterstatter die LRH-Prüfungsergebnisse aus dem Fachbereich des Kultusministers und die von ihm erarbeiteten Beschlußvorschläge. Zu den Fachberatern in der Schulaufsicht hatte der LRH festgestellt, daß die Schulaufsichtsbehörden in den vergangenen Jahren in steigendem Umfang von der gesetzlichen Ermächtigung, zur Unterstützung ihrer Aufgaben auch Lehrkräfte als Fachberater heranzuziehen, Gebrauch gemacht haben. Dadurch hat der Einsatz von Fachberatern nach LRH-Auffassung inzwischen eine Größenordnung erreicht, die es zweifelhaft erscheinen läßt, ob es sich dabei noch um eine Unterstützung oder eher um eine verdeckte Aufstockung der Schulaufsicht handelt. Nach ausführlicher Diskussion hat sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle den Beschlußvorschlag des Berichterstatters zu eigen gemacht, indem er feststellte, daß die Angelegenheit noch nicht entscheidungsreif sei, und den Kultusminister aufforderte, dem Ausschuß zur Fortsetzung seiner Beratungen bis zum 23. April nächsten Jahres einen abschließenden Bericht vorzulegen. Dabei sei insbesondere mitzuteilen,

- in welchem Umfang der Fachberaterinsatz bisher nicht notwendig war,

- wer für diesen nicht notwendig gewordenen Fachberaterinsatz verantwortlich war,
- welche Maßnahmen getroffen werden können, diesen nicht notwendigen Einsatz künftig zu unterbinden,
- wie ein künftig gegebenenfalls weiterhin erforderlicher Fachberaterinsatz im Haushaltsplan sachgerecht dargestellt werden kann.

Nachdem stellvertretender Ausschußvorsitzender Hermann Jansen (SPD) die Sitzungsleitung übernommen hatte, ging Britz auf die Feststellung des Landesrechnungshofes ein, daß eine Landesbehörde eine interne Dienstbesprechung in einem auswärtigen Hotel mit Kosten von über 2500 Mark durchgeführt hat, obwohl eigene Tagungsräume ausreichend zur Verfügung gestanden haben. Seinem Vorschlag folgend, schloß sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle einstimmig der Meinung des LRH an, daß die Notwendigkeit für eine auswärtige Tagung nicht gegeben war, und stellte mißbilligend fest, daß für diese Ausgabe keine Notwendigkeit im Sinne der Landeshaushaltsordnung zu erkennen war. Als Konsequenz forderte der Ausschuß den Kultusminister auf, die Möglichkeit der Erstattung des aufgewendeten Beitrages erneut zu prüfen und dem Ausschuß etwaige Maßnahmen mitzuteilen.

Ein weiteres Thema dieser Ausschußsitzung

war der im Jahresbereich fixierte LRH-Rückblick auf 15 Jahre Prüfung des Stadtbahnbaus. Der LRH hat die erste turnusmäßige Prüfung der Maßnahmen des Stadtbahnbaus im Land Nordrhein-Westfalen abgeschlossen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die konzeptionellen Ziele des Stadtbahnbaus, die der Landesrechnungshof selbst nicht überprüft hat, zwar weitgehend erreicht worden sind, daß aber die Durchführung doch von immer wiederkehrenden Mängeln und Versäumnissen, die zu erheblichen Kostensteigerungen geführt haben, begleitet wurde. Wie Ellen Werthmann (SPD) im Verlauf ihrer Sachstandsdarstellung berichtete, haben die Beanstandungen des Landesrechnungshofs insgesamt zu Rückzahlungen von rund 101,2 Millionen Mark geführt. Auf der Basis des von der Berichterstatterin unterbreiteten Vorschlags faßte der Ausschuß für Haushaltskontrolle nach längerer Aussprache einstimmig folgenden Beschluß:

„Der Ausschuß begrüßt den zusammenfassenden Rückblick des Landesrechnungshofs auf die den Stadtbahnbau betreffenden wesentlichen Prüfungsergebnisse der letzten 15 Jahre.

Im übrigen erwartet der Ausschuß, daß die bei der Förderung des Stadtbahnbaus vom LRH aufgezeigten sich ständig wiederholenden Mängel und Fehler durch geeignete Maßnahmen des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr abgestellt werden.

Schließlich begrüßt der Ausschuß den vom Landesrechnungshof gegebenen Ausblick auf die Größenordnung der im Stadtbahnbereich notwendig werdenden späteren Ersatzinvestitionen. Er betrachtet derartige Angaben als willkommene Orientierungsdaten zu der Frage, inwieweit die aus den Investitionen resultierenden künftigen Belastungen verkraftbar erscheinen.“

Nur oberflächlich

Völlig zu recht habe der Schulleiter eines Gymnasiums in Geldern vor den Sommerferien den Vertrieß der Schülerzeitung „Buschtrommel“ auf dem Schulgelände untersagt, weil dieser Ausgabe unter dem Motto „Im Zeichen des Gummis“ ein Kondom beigelegt war. Über das Verbot wunderte sich Andreas Reichel (F.D.P.) in seiner Kleinen Anfrage: Ob dies das rechte Mittel sei, Schülerinnen und Schülern die Auseinandersetzung mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu verbieten? Dem will der Kultusminister in seiner Antwort (Drs. 11/731) nicht ohne weiteres folgen. Schwierig sei zwar zu begrüßen, wenn Schülerzeitungen einen Beitrag zur AIDS-Aufklärung leisteten. Aber dies müsse „von Inhalt und Form her in Übereinstimmung mit den schulischen und elterlichen Erziehungs- und Bildungszielen erfolgen“. Diese Voraussetzungen hätten im erwähnten Fall nicht vorgelegen; zum einen sei das Thema nur oberflächlich angerissen worden, zum anderen sei zu verhindern gewesen, „daß jüngere Schüler durch den arglosen Erwerb der Schrift in dieser Weise an das Thema herangeführt werden und dadurch das mit der AIDS-Aufklärung verfolgte Ziel beeinträchtigt wird“.

Neue Münsteraner: Jung, mobil, gebildet und anspruchsvoll

Westfalen-Metropole setzt auf Selbsthilfe und Leistung

Zur Information über die kommunalpolitische Situation einer Großstadt in Westfalen, deren Umland und über die Praxis regionaler Zusammenarbeit zwischen Oberzentren und Kreisen empfing der Vorsitzende des Ausschusses für Kommunalpolitik und Oberbürgermeister von Münster Dr. Jörg Twenhöven (CDU) am 5. Dezember die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag. Nach dem Empfang im Friedenssaal wurden die Abgeordneten im Stadtweinhaus von Dezernenten über sozial-, wohnungs- und finanzpolitische Aspekte und von Oberkreisdirektor Dr. Pingel über die Zusammenarbeit in der Region informiert. Finanzsorgen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, das Museumskonzept „Kultur und Kommerz“, Stadtbildpflege und ein Besuch beim Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverband standen am Nachmittag und Abend auf dem Besuchsprogramm.

Als überdurchschnittlich mobil, jung und gebildet stellte Oberbürgermeister Dr. Twenhöven die Münsteraner vor: Jeder zweite der 260 000 Einwohner der Stadt sei nicht in Münster geboren, unter 30 Jahre jung und habe mit Schule, Hochschule oder Kultur zu tun. Als Folge davon gebe es vielfältige Lebensformen, auch durch arbeitslose Akademiker, die bei Existenzgründungen von der Stadt unterstützt würden. In der flächenmäßig zweitgrößten Stadt von NRW (nach Köln) spiele jedoch auch die Industrie eine bedeutende Rolle. Mit 50 Firmen der Farben- und Lackherstellung sei Münster ein Chemiezentrum, allerdings ohne besondere Umweltbelastung.

Wohlstands-Wohnungsnot

Bei der Verwaltung der vielfältigen Stadtgesellschaft der westfälischen Metropole gehe man, so erläuterte Stadtdirektor Hermann Janssen, von der Grundannahme aus, daß Menschen sich selbst organisieren könnten. Die Münsterland-Konferenz sei ein Beispiel dafür, daß Stadt und Region viel aus eigener Kraft bewältigten. Wie schon bei seiner Gründung vor 1200 Jahren (das Jubiläum wird in zwei Jahren gefeiert) sei Münster auch heute offen für Europa.

Um „Hilfe zur Selbsthilfe“ ging es auch beim Sozialprofil von Stadtrat Dr. Berthold Tillmann, der die besonderen Ansprüche einer kritischen, differenzierungs- und artikulationsfähigen Öffentlichkeit schilderte. Bei

den sozialen Diensten solle auch in den 90er Jahren die „Kultur des Helfens“ gepflegt und nur soweit nötig von professioneller Hilfe ergänzt werden. Sorgen bereiteten die Kommunalisierung sozialer Dienste ohne ausreichende Landesmittel, die Kürzung des Zivildienstes und das Betreuungsgesetz. Die Versorgung mit Kindergartenplätzen, Tagespflege, Alterspsychiatrie und eine im Aufbau befindliche Kinderschutz-Ambulanz wurden hervorgehoben.

Beim Vortrag des Wohnungsbau-Dezernenten Horst Powilleit beeindruckte den Ausschuß vor allem die „Wohlstandswohnungsnot“: Mit 43 Quadratmetern Wohnfläche liegt Münster erheblich über dem Durchschnitt. Dennoch gibt es große Wohnungsnot, vor allem bei Studenten, die allerdings nicht mehr an möblierten Zimmern, sondern fast nur noch an eigenen Wohnungen interessiert sind. Behelfsquartiere würden von den Studenten nicht angenommen. In Studentenwohnheimen gebe es Leerstände. Leidtragende seien vor allem ausländische Studierende sowie Aus- und Übersiedler, denen gegenüber Abwehrhaltung zu überwinden sei. Finanzielle Anreize für private Vermieter nützten wenig. Mit städtischen Prämien in Höhe von 300 000 Mark für 1990/91 seien 50 Wohneinheiten gewonnen worden.

Die vom Finanzdezernenten Dr. Ludger Sander befürchtete dramatische Verschlechterung beim Ausgleich des städtischen Haushalts überraschte die Ausschußmitglieder weniger. Er sah in geringeren Schlüsselzuweisungen eine Benachteiligung

, da Münster 30 000 Menschen mehr beherberge, als hier mit erstem Wohnsitz gemeldet seien. Bei der Gewerbesteuer seien Mindereinnahmen aufgrund der Sturmschäden zu verzeichnen, die bei großen Versicherungsgesellschaften zu hohen Abschreibungen und Rückzahlungen geführt hätten.

Über weitgehende Übereinstimmung bei der Zusammenarbeit zwischen Oberzentrum und Region berichtete Oberkreisdirektor Dr. Pingel und erwähnte das erfolgreiche Regionsmarketing, das es schon vor ZIN gegeben habe und das soeben analysiert

Gebühren 1989 (Auszug)

Abfallbeseitigungsgebühren	
bei 1 x wöchentlicher Leerung	
bis 70-l-Behälter	54,36 DM
90-l-Behälter	81,60 DM
120-l-Behälter	108,72 DM
240-l-Behälter	217,44 DM
660-l-Behälter	519,24 DM
770-l-Behälter	605,76 DM
1,1 cbm Großraumbehälter	865,44 DM

worden sei. An die Landespolitik richtete der OKD die Bitte, Prioritäten nicht zu mißachten und eigene Anstrengungen nicht mit Förderungszug zu strafen.

Im Erbdrostenhof, dem bedeutendsten Kulturdenkmal westfälischer Barockarchitektur in der zu weit über 90 Prozent von britischen Bombern zerstörten Innenstadt, plädierte die Vorsitzende der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, Ursula Bolte, angesichts „bestürzender“ Kürzungsabsichten der Landesregierung für Gleichbehandlung aller Finanzebenen, auch im Hinblick auf steigende Lasten für Pflege und Kinderbetreuung. Der Maßregelvollzug sei keine kommunale Aufgabe, die Kosten müßten daher wie bisher erstattet werden.

Beim Stadtrundgang durch das weihnachtliche Münster unter Gesichtspunkten der Stadtbildpflege konnten sich die Ausschußmitglieder vom gelungenen Wiederaufbau und der hohen Akzeptanz der Innenstadt trotz der räumlichen Enge bei der Bevölkerung überzeugen. Eine Kurzführung durch den neuen Salzhof, in dem „Kultur und Kommerz“ (Stadtmuseum sowie Ladengalerie) kostengünstig und bedarfsgerecht zusammengeführt wurden, weckte großes Interesse bei den Politikern, vor allem durch anschauliche Vergleiche zwischen „Einst und Jetzt“. Das Kompliment „vorbildliche Museumspädagogik“ quittierte Museumsdirektor Dr. Hans Galen mit der Bemerkung: „danke, ich war mal Lehrer“. Als die Ausschußmitglieder am Abend das Stadthaus verließen, kam ihnen eine Demonstration von Hausbesetzern entgegen, die mit viel Krach, aber wenig Zuspruch gegen die „Yuppi-City“ protestierten.

Oberbürgermeister Dr. Twenhöven, der den Ausschuß bis zum Schluß begleitete, sagte abschließend, kommunale Selbstverwaltung, als deren Anwalt sich der Ausschuß verstehe, sei in NRW ein erfolgreiches Modell, vielleicht auch für die neuen Länder. Münster zeige, wie stark Kommunen und Region sein könnten.



Im Friedenssaal begrüßte Münsters Oberbürgermeister Dr. Jörg Twenhöven (CDU, l.) als Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik seine Landtagskollegen beim Besuch der Stadt (v. l.): Albert Leifert (CDU), Helmut Marmulla, Walter Greverer (beide SPD), Michael Ruppert (F.D.P.), Franz-Josef Britz (CDU), Reinhard Wilmbusse (SPD), Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Wilhelm Lüke, Günter Langen, Wilhelm Lieven (alle CDU), Jürgen Schaufuss (SPD).
Foto: Stadt Münster

Mehrheit: Klage gegen Wahlprüfungsausschußentscheidung nicht begründet

Konzentration der Asylgerichtsverfahren soll möglichst rasch abgebaut werden

Einstimmig, ohne Änderungen, wurde am 5. Dezember im Rechtsausschuß der Gesetzgebung des Landesregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen angenommen. Nach dem Gesetz, das am 1. Juli 1991 in Kraft tritt, wird die bisherige teilweise Konzentration der asylgerichtlichen Verfahren auf vier der insgesamt sieben erstinstanzlichen Verwaltungsgerichte des Landes aufgehoben.

Der Rechtsausschuß hatte zuvor unter Vorsitz von Friedrich Schreiber (SPD) den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Münster, Professor Dr. Max Dietlein, sowie die Präsidenten der Verwaltungsgerichte Köln, Ernst Kutscheid, und Arnsberg, Hugo Dabrock, sowie die Vereinigung der Verwaltungsrichter als Sachverständige angehört. Da die bisherige Teilkonzentration nicht mehr zu einer sachgerechten und zügigen Erledigung der Asylverfahren beiträgt, befürwortete Professor Dr. Dietlein vollinhaltlich den Gesetzentwurf. Er zeigte sich davon überzeugt, daß die Dekonzentration mittelfristig zu einer Beschleunigung führen wird. Er hält es allerdings für unabdingbar, daß mit diesen organisatorischen Maßnahmen eine personelle Verstärkung einhergeht. Er sieht keine gravierenden personalwirtschaftlichen Probleme, die nicht gerichtsweintern gelöst werden könnten, sofern die bereits für den Haushalt 1991 angekündigten 16 zusätzlichen Richterstellen geschaffen würden. Im übrigen würde der Gesetzentwurf auch helfen, weitere Unzuträglichkeiten abzubauen und zu einer Verbesserung der Rechtsschutzgewährleistung führen.

Ernst Kutscheid schilderte zu Beginn seiner Ausführungen die außerordentlich hohe Belastung der Richter mit Asylverfahren, die sich je nach Massenländern oder anderen Ländern beziehungsweise Verfolger- oder Nichtverfolgerländern im Ermittlungsaufwand immer komplizierter und zeitaufwendiger gestalten. Insbesondere in den Massenländern sei eine notwendige Spezialisierung auch ohne Konzentration der Verfahren auf einige Verwaltungsgerichte durchaus erreichbar. Schwierig sei nach seiner Meinung, eine längerfristige Prognose über künftige Asylverfahrenseingänge abzugeben. Auch er glaubte, daß es ohne zusätzliche Richterkräfte zu Reibungsverlusten kommen wird, wobei man personell berücksichtigen müsse, daß die abgehenden Gerichte einige Zeit brauchen werden, die Überbelastung abzubauen. Er hielt die Schaffung von vier weiteren Kammern von Asylsachen für nicht ausreichend.

Hugo Dabrock sah den jetzigen Zeitpunkt für geeignet an, die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigte Dekonzentration, die nach seiner Einschätzung auch zu einer Strukturverbesserung führen wird, durchzuführen. Auch er forderte eine von vornherein personell ausreichende Ausstattung aller mit Asylverfahren befaßten Gerichte, wobei 16 Richterstellen kaum ausreichen dürften. Auch um die längerfristigen Unterbringungsmöglichkeiten bei den aufnehmenden Gerichten zu lösen, sei es fast notwendig, das Gesetz nicht vor dem 1. Oktober 1991 in Kraft treten zu lassen.

Nach Ansicht der Vereinigung der Verwaltungsrichter ist es nur folgerichtig, die weitere Belastung der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch asylgerichtliche Verfahren jetzt

auf alle Schultern zu verteilen. Je länger man wartet, so Dr. Stellkens, desto schwieriger werde die Umorganisation. Er warnte allerdings vor der möglichen Erwartungshaltung aus dem Gesetzentwurf heraus, das grundsätzliche politische Problem lasse sich mit solchen organisatorischen Mitteln lösen. Personalwirtschaftliche Maßnahmen und ausreichende sachliche Mittel seien notwendig, um zum einen die höheren Eingangszahlen zu verkraften und zum anderen den hohen Berg an unverschuldeten „Altlasten“ abzubauen. Er bezweifelte allerdings, ob dies, wie im Gesetzentwurf dargestellt, ohne zusätzlichen Kosten zu regeln sein wird. Auf Nachfrage des CDU-Sprechers Heinz Paus, ob eine Teilkonzentrierung auf bestimmte Länder für möglich gehalten und sinnvoll erachtet wird, sprachen sich alle Sachverständigen gegen eine solche ihrer Meinung nach kontraproduktive Regelung aus. Durch Verteilung der asylgerichtlichen Verfahren auf alle Verwaltungsgerichte könnten Schwankungen in den Eingangszahlen personalwirtschaftlich bei den einzelnen Gerichten ausgeglichen werden. Unter Hinweis auf die vorgesehene späte Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1991 wurde in der Diskussion von allen Sachverständigen noch einmal die Bitte geäußert, das Gesetz möglichst erst zum 1. Oktober in Kraft treten zu lassen. Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) äußerte den Wunsch, möglichst frühzeitig, so wie im Entwurf vorgesehen, die Konzentration aufzuheben. Er sagte zu, so schnell wie möglich dafür zu sorgen, daß die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung des Gesetzentwurfes getroffen werden.

Mit Stimmenmehrheit der SPD wurde in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren wegen der Beschwerde von Petra Böckelmann gegen die Wahlprüfungsausschußentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 20. September beschlossen, dem Landtag eine Stellungnahme zu empfehlen, wonach die Beschwerde zwar zulässig, aber nicht begründet ist. Die Beschwerde sei nicht begründet, so SPD-Sprecher Dieter Haak, weil kein Verstoß gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit vorliege und auch der Prüfungsumfang, den der Wahlprüfungsausschuß mit der Nachzählung der Stimmen zugrunde gelegt hatte, nach Meinung der SPD berechtigt und rechtmäßig war.

Die Entscheidung des Landtags vom 20. September 1990 hält die CDU-Fraktion dagegen für rechtswidrig, weil der Wahlprüfungsausschuß nicht befugt war, so Heinz Paus, auch nicht zum Schutz des objektiven Wahlrechts, die Nachzählung im gesamten Wahlkreis vorzunehmen. Im übrigen sei bei der Nachzählung auch gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit verstoßen worden, so daß das Wahlprüfungsverfahren insgesamt als rechtsfehlerhaft anzusehen ist. Heinz Lanfermann, Sprecher der F.D.P.-Fraktion, enthielt sich in der Abstimmung. Er hielt beide Rechtsmeinungen für vertretbar und wollte an der bisher üblichen Praxis festhalten, keine Stellungnahme abzugeben.

Einstimmig, bei Abwesenheit des Vertreters der Grünen, wurde der Antrag „Amnestie, jetzt oder nie!“ abgelehnt. Die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt zu führen, so Frau Morawietz (SPD), würde falsche Erwartungen in den Vollzugseinrichtungen des Landes wecken.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) hat eine Delegation aus der Volksrepublik China im Landtag empfangen, die vom Direktor des Amtes für öffentliche Dienstleistungseinrichtungen der Stadt Tianjin, Wang Zhicheng (M.) geleitet wurde. Die Gäste aus China nehmen bis zum 19. Dezember in der Bundesrepublik an einem Trainingskurs „Aufgaben und Organisation kommunaler Betriebe“ für leitende Kommunalbeamte aus der Volksrepublik teil. Veranstalter des Kurses ist die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung. Rechts im Bild Dolmetscher Zhang Junhui.
Foto: Schüler

John van Nes Ziegler überreicht Landtagspräsidentin zweiten Kommissionsbericht

Stärkung der Landtage im kooperativen Föderalismus

Schwerpunkte der vorgeschlagenen Reformmaßnahmen sind:

- Verhinderung der Verlagerung von Kompetenzen der Länder
- Stärkung der Länder im Bereich der Gesetzgebung
- Stärkung der Länder in der Finanzverfassung
- Änderung der Strukturen der Zusammensetzung des Bundesrates
- Stärkung der Landtage im kooperativen Föderalismus

Aus dem Katalog der Reformvorschläge sind beispielhaft zu nennen: Die Forderung nach Bildung einer Regionalkammer, eine Mitwirkung der Länder im Rat, die Einführung eines Klagerechtes der Länder vor dem Europäischen Gerichtshof und der Landtage vor dem Bundesverfassungsgericht. Erwogen wird auch eine Änderung der Struktur und Zusammensetzung des Bundesrates mit dem Ziel, daß dem Bundesrat bei Entscheidungen über Veränderungen der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern weisungsgebundene mit vollem Stimmrecht ausgestattete Abgeordnete der Landtage hinzutreten. Die Kommission macht auch detaillierte Vorschläge zur

Der Vorsitzende der vom Landtag eingesetzten Kommission „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland — auch in einem Vereinten Europa“, John van Nes Ziegler, hat der Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebe, den Berichtsteil Zwei, mit dem die Ergebnisse der Kommissionsarbeit zusammengefaßt sind und der konkrete Empfehlungen für Maßnahmen des Landesparlaments enthält, überreicht.

Vergrößerung des Bereichs ausschließlicher Landesgesetzgebungskompetenz und zur Überführung von Gesetzgebungsmaterien in die Rahmenkompetenz. Von großer Bedeutung für die Stärkung der Länderparlamente sind die vorgeschlagenen Informationspflichten der Landesregierung in Bundesrats-, Selbstkoordinations- und Staatsvertragsangelegenheiten sowie die Einwirkungsrechte der Länderparlamente auf das Verhalten der Landesregierungen im Bundesrat und den Gremien der Länderkoordination.

Mehr Selbstbewußtsein

Wörtlich erklärte der Kommissionsvorsitzende John van Nes Ziegler bei der Übergabe:

„Deshalb ist mit der Vorlage ein Appell an den politischen Gestaltungswillen jedes Landtagsabgeordneten verknüpft. Das setzt zum einen bei der Mehrheitsfraktion des Landtags die Bereitschaft voraus, bei den anstehenden Diskussionen den Konflikt mit der eigenen Regierung nicht zu scheuen. Zum anderen wird bei den Oppositionsparteien eine Konfliktbereitschaft auch gegen-

über dem Bonner Regierungslager erwartet werden müssen.“

In ihrer Erwiderung betonte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, bei der Verwirklichung der Reformvorschläge komme es darauf an, daß die Landesparlamente und die einzelnen Abgeordneten zukünftig mehr Selbstbewußtsein zeigten, um den Föderalismus im vereinten Deutschland und in Europa nicht nur mit Worten, sondern durch Taten zu stärken. Sie dankte der Kommission für ihre hervorragende Arbeit.

Die Kommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern und Mitarbeitern zusammen:

Vorsitzender: Landtagspräsident a. D. John van Nes Ziegler

Geschäftsführer: Heinrich A. Große-Sender, Direktor beim Landtag Nordrhein-Westfalen. Weitere Mitglieder der Kommission: Professor Dr. Jürgen Baur, Professor Dr. Hans Boldt, Professor Dr. Michael Bothe, Staatssekretär a. D. Karl Friedrich Brodeßer, Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen, Staatsminister a. D. Gerd Ludwig Lemmer, Professor Dr. Fritz W. Scharpf sowie Professor Dr. Michael Schweitzer.

Wissenschaftliche Assistenten: Roland Lhotta M. A. und Brunhilde Schoel, Regierungsrätin z. A.



Der CDU-Landtagsabgeordnete Johannes Wagner (M.) hat aus den Händen von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz Erster Klasse entgegengenommen. In ihrer Laudatio erinnerte die Präsidentin daran, daß Johannes Wagner seit 1970 — mit einer kurzen Unterbrechung von 1975 bis 1976 — Mitglied des Landtags und der CDU-Fraktion sei. Er habe in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit und Soziales, im Petitionsausschuß, im Ausschuß für Grubensicherheit und im Justizausschuß mitgearbeitet. Mit Engagement habe er als ordentliches Mitglied die Interessen der Kommunen über Parteigrenzen hinweg im Ausschuß für Kommunalpolitik vertreten, dessen Vorsitzender er in der 10. Wahlperiode gewesen sei. Dort lägen auch in der 11. Wahlperiode neben seiner Tätigkeit im Grubensicherheitsausschuß die Schwerpunkte seiner Mitarbeit. Johannes Wagner, Mitglied der CDU seit 1956, habe sich ferner als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen seit 1969 gegenüber den Bürgerbelangen im Ruhrgebiet immer sehr aufgeschlossen gezeigt. Rechts im Bild die Mitarbeiterin im Präsidialbüro, Renate Hofmann. Foto: Schüler



Zur Wahl zu gehen, ist eine staatsbürgerliche Aufgabe. Aber es gibt keine Wahlpflicht. Das ist mit ein Grund, warum mit 78,7 Prozent Beteiligung das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen niedrig ausgefallen ist. Am 2. Dezember hat aber auch das grau-nasse Wetter manchen Wahlgang vereitelt. Vorher vermeintlich abschätzbare Mehrheiten mögen ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Doch vergangene Wahlen haben gezeigt, daß Überraschungen nie auszuschließen sind. Das Bild zeigt eine Bürgerin an der Wahlurne in einem Wahllokal in Düsseldorf-Oberkassel. Foto: Schüler

Neuordnung erschöpft Reformkraft einer Politikergeneration

Hein Hoebinks großes Werk über Preußische Gebietsreform im Industriegebiet an Rhein und Ruhr

Von Friedrich Halstenberg

Die im Jahre 1987 als Habilitationsschrift angenommene Arbeit schließt eine Lücke der nordrhein-westfälischen Landesgeschichte und der Kommunalgeschichte des Reviers. Daß dieser Stoff trotz seiner großen verwaltungsrechtlichen und politikwissenschaftlichen Bedeutung bislang nur fragmentarisch Eingang in das Fachschrifttum fand, erklärt sich aus der kriegsfolgebedingt höchst unvollständigen Archiv- und Quellenlage. Der großen Gründlichkeit des Verfassers gelingt dennoch ein aussagekräftiges Bild der kommunalen Gebietsänderungen, die im „rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ im ersten Drittel dieses Jahrhunderts stattfanden. Eine willkommene Ergänzung bildet der umfangreiche Anhang mit Karten, Tabellen, Belegen.

Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die daran interessierten Kommunen selbst die Initiativen zu den Gebietsänderungen ergriffen, darin von einflußreichen Industrieunternehmen gefördert. Eingehend werden zuerst die eben noch zu Beginn des Ersten Weltkrieges abgeschlossenen Eingemeindungen nach Essen dargestellt. Für die preußischen Instanzen nur von geringerem politischen Interesse: „Der Gesetzentwurf passierte beide Häuser ohne jede Aussprache und Änderung.“

Ein Kuriosum bleibt die Eingemeindung von Rothhausen nach Gelsenkirchen, 1922 veranlaßt durch politisch unhaltbar gewordene Zustände in der Gemeindevertretung und -verwaltung.

Nach Zwischenstufen der bis 1928 abgeschlossenen Neuordnung der Räume Gelsenkirchen, Bochum, „Groß-Dortmund“ und Düsseldorf entwickelten sich bei allen an der Willensbildung beteiligten kommunalen und staatlichen Stellen zunehmend fachlich qualifiziertere Urteilsmaßstäbe, an denen es anfänglich mangelte. Kommunal- und sozialwirtschaftliche, siedlungs- und finanzstatistische Instrumentarien standen nur in rudimentärem Zustand zur Verfügung.

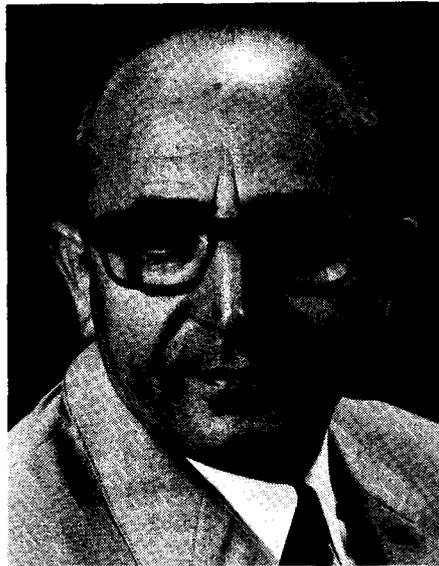
Erst spät konnte sich die Strategie durchsetzen, die mittelfristig anstehenden Gebietsänderungen, statt wie bisher als Einzelfall, nun möglichst in einem Zuge durchzusetzen mit dem Ziel der „Großzügigkeit und Dauerhaftigkeit“, wie der preußische Innenminister meinte.

Dieser Durchbruch zu einer gesamtäumlich übergreifenden und stärker staats- und wirtschaftspolitisch orientierten Betrachtungsweise gelang nun mit der „Großen Reform“, die im Revier 1929 die Zahl der Stadtkreise von 29 auf 22, die der Landkreise von 23 auf elf reduzierte.

Im Gesetzgebungsverfahren hatte es der Sache angemessene eingehende, auch streitige Verhandlungen gegeben. Gegen Hunderte von Abänderungswünschen setzte sich die Regierungsvorlage durch. Das Gesetz wurde am 10. Juli 1929 mit 211 gegen 167 Stimmen im Preußischen Landtag verabschiedet. Mit dieser bedeutenden Reform hatte Preußen seinen staatlichen Führungsanspruch durchgesetzt und im Gesetzgebungsprozeß dem politischen Rang einer möglichst optimalen kommunalen Raumordnung Rechnung getragen. Wie drei Jahrzehnte später wird um die Eignung der alten oder den Vorzug neuerer

Typen kommunaler Körperschaften gestritten, bis sich am Ende die bisherigen Strukturen denn doch bestätigen. Die Neuerung in Gestalt der obligatorischen „interkommunalen Arbeitsgemeinschaft“ gewann indes, trotz ihrer unbestreitbaren Rechtfertigung, keine praktische Bedeutung. Da bestätigt sich Hoebinks auf die Relevanz der Verwaltungsmacht anspielender Buchtitel: Macht kooperativ zu teilen, war und bleibt wohl immer weniger attraktiv! Auch die vom 29er Gesetz zugelassene innerstädtische Dekonzentration fand in der kommunalen Praxis wenig Gegenliebe.

Kaum verwundern kann die erst allmählich zuwachsende Problem- und Ortskenntnis der maßgebenden Beamten und Abgeord-



Professor Dr. Friedrich Halstenberg

neten in Berlin. Kein Vergleich zu den höchst detailkundigen Experten, die die Gebietsreform der 70er Jahre in Nordrhein-Westfalen in Landtag und Regierung verhandelten.

Verwaltungshistorisch aufschlußreich, welch deutlich höheren Stellenwert infolge der weiten Entfernung zur Staatshauptstadt Berlin die Mittelinstanzen, Provinz, Regierungen, Siedlungsverband in der Praxis der Verwaltung besaßen und speziell bei der Gebietsreform ausübten.

Die bei der 29er Reform noch geringe Leistungsfähigkeit der überörtlichen, der regionalen und der Landesplanung fand eine bemerkenswerte Kompensation durch die fast in jedem Neuordnungsfall gutachtlich beigezogene Sachkunde und Urteilsfähigkeit der Leitung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, der sich damals als Regionalplanungsinstitution auf der Höhe seiner nationalen und internationalen Geltung befand.

Das große Reformwerk hatte (bis auf die Wiederaufhebung der Vereinigung von Mönchen-Gladbach) langfristigen Bestand bis zur nordrhein-westfälischen Gebietsreform der 70er Jahre.

Den entscheidenden Unterschied zur Gebietsreform 1929 macht in den 70er Jahren die systematische, von der Landesplanung ausgehende landesweite Gesamtplanung und das ernsthafte Bemühen um

Objektivierung nach politisch-wissenschaftlich übergeordneten Maßstäben und Standards. Gewiß war dennoch allemal mancher Kompromiß über die Hürden zu heben.

Die Arbeit von Hoebink bestätigt unsere Erfahrung, daß anspruchsvolle Neuordnungsmaßnahmen dieser Größenordnung die Reformkraft einer Politikergeneration erschöpfen. Daraus und aus dem Bedarf an Restabilisierung folgt, daß der Abstand zur nächsten Verwaltungsreform, so unausweichlich diese ist, wohl wieder eine Generation ausmachen wird, selbst wenn man akzeptiert, daß die geplante Arbeit weder 1929 noch 1975 zur Gänze hatte bewältigt werden können.

Nicht erst weit nach der Jahrhundertwende werden die neuen Maßstäbe der europäischen Politik und ihrer Institutionen grundlegende Veränderungen in staats- und verwaltungsrechtlichen Maßstäben als unvermeidlich erfordern. Es sei hier nur auf die Notwendigkeit hingewiesen, den in der europäischen Diktion zentralen Begriff der „Region“ räumlich, funktional und im Verwaltungsaufbau zu bestimmen und auszufüllen. Wenn im weiteren Verlauf der längst wirkenden Entwicklung die supranationale Ebene einerseits und die kommunale Basis andererseits die Gewinner bleiben werden, muß ein gegenüber heute reibungsloseres Funktionieren auch auf den Zwischenebenen gesichert werden. Das wird mit den gegenwärtigen Strukturen ohne Reparaturen kaum gelingen.

Unmittelbar fällig ist, auch als ein Element bundesweiter Mindestharmonisierung, die kommunale Maßstabsvergrößerung in den neuen Bundesländern. Anlaß genug für alle, die das angeht, sich den Lehren der Vergangenheit zu öffnen, auch denen, die das ausgezeichnete Werk von Hoebink aus der Preußischen Gebietsreform im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vermittelt.

(Hein Hoebink, Mehr Raum – mehr Macht, Preußische Kommunalpolitik und Raumplanung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1900–1933, Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Band 26, Klartext Verlags GmbH, 419 S., 78 Mark.

★

Der Autor, Dr. Hein Hoebink, ist Privatdozent für Neueste Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität zu Düsseldorf. Sein hier besprochenes Werk ist von deren Philosophischer Fakultät in einer erweiterten Fassung im Jahre 1987 als Habilitationsschrift angenommen worden.

★

Der Rezensent, Professor Dr. Friedrich Halstenberg, war enger politischer Vertrauter des ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn (beide SPD). Der Jurist Halstenberg leitete als Staatssekretär ab 1966 die Düsseldorfer Staatskanzlei, ein Amt, das er beibehielt, als er 1972 zum Minister für Bundesangelegenheiten ernannt wurde. 1975 berief ihn Kühn zum Landesfinanzminister. 1978 wählte ihn die SPD in Bonn auf Vorschlag von Willy Brandt zum Schatzmeister der Partei. 1984 trat Halstenberg aus gesundheitlichen Gründen von diesem Amt zurück.)

Literatur

Entfremdung, Trennung

Eine selten gute Biographie über ein ehemaliges Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen liegt mit der jetzt erschienenen Dissertation von Albert Eßer vor.

Außerst eindrucksvoll schildert Eßer vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen und ideologischen Situation den Lebensweg von Wilhelm Elfes. Dabei wahrt er eine wohlthuende Distanz zur Person Elfes, auch wenn immer wieder eine kritische Sympathie durchscheint.

Wilhelm Elfes, Redakteur der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, seit den zwanziger Jahren Stadtverordneter in Mönchengladbach und schließlich Polizeipräsident in Krefeld, seiner Heimatstadt, wurde nach 1945 Oberbürgermeister in Mönchengladbach und schließlich auch Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Als Mitglied des Zentrums und nach 1945 der CDU war er politisch innerhalb seiner Partei nie unangefochten. Nach langer persönlicher Suche tief in der Christlichen Soziallehre verhaftet, hatte er keine Probleme auch im politischen Gegner, vor allem der Sozialdemokratie, einen Gesprächspartner oder sogar programmatisch Verbündeten zu finden.

Nachkriegszeit

Der Lebensweg von Elfes zeigt eine Alternative auf zu der Entwicklung, die die Bundesrepublik in der Nachkriegszeit genommen hat. Seine Bestrebungen zur Gründung einer „Partei der Arbeit“, in der sich Sozialdemokraten und Christlich-Soziale hätten zusammenfinden sollen und können, scheiterten. Die Entwicklung der CDU zu einer liberal-konservativen, marktwirtschaftlich orientierten Partei sowie die einseitige Westorientierung des „Kanzlerwahlvereins“ entfremdete ihn der CDU und führte schließlich zur Trennung. Seine Parteigründung „Bund der Deutschen“ stand unter keinem günstigen Stern. Am Rande der politischen Ereignisse verstarb Wilhelm Elfes 1969.

Der Verdienst von Eßer, dieses außergewöhnliche Leben Wilhelm Elfes der Vergessenheit entrissen zu haben, wird durch die gute Lesbarkeit dieser wissenschaftlichen Arbeit noch erhöht. Albert Eßer hat mit seiner Arbeit ein Werk vorgelegt, dem Vorbildcharakter zukommt.

Hoffentlich weiß das Landesparlament diese Arbeit auch dergestalt zu würdigen, daß es weitere Arbeiten zur Landesgeschichte — die gerade auch genug biographische Desiderate aufweist — fördert.

Thomas Schneider
(Albert Eßer, Wilhelm Elfes 1884—1969, Arbeiterführer und Politiker, Reihe B: Forschungen Band 53 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Mainz 1990, 322 S., 76 Mark)

Landesplanungsgesetz

„Ja. Es ist beabsichtigt, einen Gesetzentwurf Anfang 1991 im Landtag einzubringen.“ Mit dieser Feststellung beantwortet das Umwelt- und Raumordnungsministerium eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Gerd Mai, ob die Landesregierung beabsichtige, das Landesplanungsgesetz zu ändern (Drs. 11/713 und 350).

Leser schreiben...

Jubiläum

Der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, hat ein langjähriger Bezieher der Parlamentszeitschrift,

einen Brief unter der Überschrift „20 Jahre ‚Landtag intern‘“ geschickt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Friebe!

Zunächst möchte ich Ihnen wie auch allen Mitarbeitern von „Landtag intern“ sehr herzlich zu diesem Jubiläum gratulieren!

Mich erreichte der „Landtag intern“ erstmalig 1980, zu einer Zeit, in der ich Schüler einer kaufmännischen Schule in Wuppertal war. Nach anfänglicher Skepsis gegenüber einem Blatt, was, so schien es mir zunächst, „von Politikern für Politiker“ gemacht sein müßte, entwickelte sich nach intensiverer Lektüre doch schon recht bald ein vergleichsweise inniges Verhältnis zu dieser Informationsschrift.

Über gut zehn Jahre und eine Reihe persön-

licher Entwicklungen und Veränderungen, ist mir „Landtag intern“ eine hochgeschätzte Informationsquelle geblieben, die es mir gestattet, aus Sicht eines mündigen Bürgers auch in Fragen der gewiß nicht immer leicht verständlichen Landespolitik den Überblick zu behalten und parteipolitisch „verfärbte“ Meinungsbilder wieder „gereinigt“, d.h. objektiviert zu bekommen. Mein Wunsch für die Zukunft dieser Informationsschrift ist daher zweigeteilt: Einerseits wünsche ich „Landtag intern“, daß der Blickwinkel der Berichterstattung nie durch parteipolitische Vorgaben bzw. Mehrheitsverhältnisse verstellt wird. Außerdem darf gewünscht werden, daß sich „Landtag intern“ auch bei der Form der Berichterstattung den bislang gut verständlichen Schreibstil bewahrt und dadurch das bleibt, was es seit gut 20 Jahren ist: Informationsquelle über die von gewählten Mitbürgern betriebene Landespolitik an Rhein und Ruhr.

In diesem Sinne verbleibe ich mit den besten Grüßen



Der finnische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Kai Helenius (M.), hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) einen Antrittsbesuch abgestattet. In Begleitung des Botschafters befand sich der finnische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Detmar Grolman (l.). Foto: Schüler

Kein erhöhter Flugbetrieb im Raum Essen

Die zweite Start- und Landebahn des Flughafens Düsseldorf darf nach dem Planfeststellungsbeschuß vom 16. Dezember 1983 sowohl bei einer Betriebsunterbrechung der Hauptbahn als auch zu Zeiten des Spitzenverkehrs benutzt werden. Bis zum rechtskräftigen Abschluß der anhängigen Verwaltungsstreitverfahren gilt aber die am 26. Januar 1989 erteilte Anordnung, wonach nur der Betrieb als Ersatzbahn gestattet ist. Die Sorgen der Bewohner des Essener Südens hinsichtlich eines vermehrten Flugverkehrs seien aber unbegründet, da der

Planfeststellungsbeschuß die erlaubte Anzahl von fluglärmrelevanten Bewegungen festlegt.

Diese Zahl von 71 000 Starts und Landungen zu den sechs verkehrsreichsten Monaten sei niedriger als die des Vorjahres. Bei einer gleichzeitigen Benutzung der Bahnen zu Spitzenzeiten können sich allerdings die Bewegungen pro Stunde um weitere vier erhöhen, teilte das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Manfred Kuhmichel mit (Drs. 11/615).

SPD-Fraktion

SPD wünscht Bericht über Landwirtschaftsprogramm

Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion soll die Landesregierung vom Landtag aufgefordert werden, über die Umsetzung ihres Programms für eine umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ausführlich Bericht zu erstatten. Markante Punkte dabei sind die Verwirklichung einer artgerechten Tierhaltung, Naturschutzprogramme in Kooperation mit den Landwirten oder die Vermarktung umweltverträglich und standortgerecht erzeugter landwirtschaftlicher Produkte. Johannes Gorlas, Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises „Landwirtschaft und Forsten“

betonte, daß die Landesregierung bereits im Januar 1985 ihr Programm für eine umweltverträgliche Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen verabschiedet hat. Es trage dazu bei, Ziele des Natur- und Umweltschutzes und der Erhaltung landwirtschaftlicher Existenzen gleichrangig zu verwirklichen. Das NRW-Programm, so Gorlas weiter, sei wesentlich umfassender, präziser und verbindlicher als der Grundsatzbeschluß der Agrarministerkonferenz aus dem Jahre 1987. Die Landesregierung tue deshalb gut daran, nicht hinter ihr eigenes Programm zurückzugehen. Ihre Vereinbarung mit den Bauern, Gärtnern und der Agrarwissenschaft sei zukunftsweisend.

★
Nach Auffassung des SPD-Arbeitskreises für „Arbeit, Gesundheit und Soziales“ im Landtag müssen die Ausbildungsbedingungen für Altenpflegerinnen und Altenpfleger verbessert werden. Arbeitskreisvorsitzender

Wolfram Kuschke kündigte an, daß dies ein Thema der Fraktionsberatungen werde. Kuschke verwies darauf, daß der Bedarf an Altenpflegern weiter steige. Damit verschärfe sich der Mangel an qualifizierten Pflegern für die Altenbetreuung. Neue Dienste und Einrichtungen könnten nicht mehr dem Anspruch gemäß personell besetzt werden.

Ein Ansatzpunkt ist nach Meinung Kuschkes die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen. Deshalb fordere der Arbeitskreis, die Schulgedfriereit für diesen Ausbildungsberuf zu erhalten und eine Auszubildungsvergütung analog der Vergütung im Krankenpflegebereich einzuführen. Finanzierungsmöglichkeiten sollen auf Vorschlag des Arbeitskreises im Zusammenwirken zwischen Einrichtungsträgern, Kostenträgern und Landesregierung ausgelotet werden.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

Landesregierung versagt bei Fäkalschlammentsorgung

Krasses Versagen bei der Lösung der Entsorgungsprobleme mit Klär- und Fäkalschlämmen aus Kleinkläranlagen hat der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Eckhard Uhlenberg, der SPD-Landesregierung vorgeworfen. „Die Hauptproblematik liegt hier in der Belastung der Schlämme mit organischen Stoffen. Hier

mußte die Landesregierung inzwischen zugeben, daß sie keine verlässlichen Untersuchungen über die tatsächliche Belastung der Schlämme aus Kleinkläranlagen hat. Dabei wäre es Aufgabe der Landesregierung gewesen, hier entsprechende Untersuchungen zu initiieren“, erklärte Uhlenberg. „Anstatt zu handeln, verschanzte sich der Umweltminister hinter allgemein bestehender Unsicherheit und unzureichenden wissenschaftlichen Erkenntnissen“, so Uhlenberg weiter. Gleichzeitig habe die Landesregierung mit der Auslegung des von ihr durchgepeitschten Landeswassergesetzes zu großer Rechtsunsicherheit besonders bei den Landwirten beigetragen. Das Gesetz

erlaube in seiner jetzigen Fassung eben nur Ausnahmen von der Abwasserbeseitigungspflicht durch die Gemeinden, wenn eine Übernahme des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes wegen technischer Schwierigkeiten oder wegen unverhältnismäßig hohem Aufwand nicht möglich sei. „Diese Voraussetzungen liegen allenfalls im Hochgebirge vor, nicht aber bei uns in Nordrhein-Westfalen“, erläuterte Uhlenberg. Die insoweit bestehende Genehmigungspraxis sei folglich rechtswidrig. „Anstatt als Aufsichtsbehörde für den gesetzmäßigen Vollzug des Landeswassergesetzes zu sorgen, billigt sie die rechtswidrige Praxis. Das muß sofort aufhören“, forderte Uhlenberg.

F.D.P.-Fraktion

F.D.P. fordert Staatsvertrag mit Brandenburg

Einen Rahmen-Staatsvertrag zwischen NRW und Brandenburg fordert die F.D.P.-Landtagsfraktion. Sie will das lediglich zwischen den Landesregierungen geschlossene Regierungsabkommen wegen der besonderen verfassungsrechtlichen Bedeutung dieser Patenschaft in einen parlamentarisch-demokratischen Rahmen einbinden. Die Freien Demokraten halten es für eine historische Verpflichtung des Bundes, der Länder und Gemeinden, auf der jeweiligen staatlichen Ebene auf der Grundlage gerech-

ter Verteilungsverfahren tatkräftige Hilfe zu leisten. Bei der Finanzierung der Deutschen Einheit besteht z. Z. ein Ungleichgewicht zu Lasten des Bundes. Mit seinen finanziellen Beiträgen in den Fonds Deutsche Einheit leistet NRW bei weitem nicht genug. Es ist gerade Aufgabe der finanzstarken Länder, den neuen, noch finanzschwachen Ländern auch mit Haushaltsmitteln beizustehen. Dieser Verpflichtung darf sich gerade das größte Bundesland nicht entziehen.

Um die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen und auf diesem Wege so schnell wie möglich vergleichbare Lebensverhältnisse herzustellen, bekräftigt die F.D.P. die Notwendigkeit der Unterstützung Brandenburgs beim Aufbau einer funktionierenden, effizienten Landesverwaltung.

Die F.D.P. betont ganz besonders die Verpflichtung des Landtages, der jungen Demokratie in Brandenburg auf dem Wege zu einem starken Parlamentarismus zu helfen. Sie erwartet, daß Hilfen auf Regierungsebene mit allem Respekt vor der Eigenständigkeit der neuen Länder und unter besonderer Berücksichtigung der dort getroffenen Wahlentscheidungen geleistet werden. Parteipolitische Gesichtspunkte dürfen bei der Hilfe keine Rolle spielen. Die Hilfen zum Aufbau der Brandenburgischen Landesverwaltung müssen sich vielmehr ausschließlich an den objektiven Sachnotwendigkeiten orientieren; sie dürfen nicht dazu mißbraucht werden, parteipolitische Strukturen aufzubauen oder die östlichen Partner zu bevormunden. Gefordert sind deshalb ein hohes Maß an politischer Zurückhaltung, persönlicher Bescheidenheit und Fingerspitzengefühl.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Kampagne von Minister Matthiesen war rechtswidrig

Der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen hat entschieden, daß die Kampagne des Umweltministers Matthiesen zur Abfallvermeidung kurz vor der Landtagswahl rechtswidrig war. Die Grünen hatten dies in einer Klage moniert, die vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster anliegt. Dazu erklärt Michael Vesper, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen im Landtag: „Der Landesrechnungshof hat in vollem Umfang bestätigt, was wir Umweltminister Klaus Matthiesen seit dem Frühjahr vorge-

halten haben: Mit seiner Anzeigenkampagne unmittelbar vor der Wahl hat er gegen das Verbot von Wahlwerbung aus Steuergeldern und gegen die einschlägigen haushaltsrechtlichen Vorschriften verstoßen. Nur Matthiesen hält es für ‚logisch und zwingend‘ und rechtlich unproblematisch, daß ausgerechnet vom 19. März bis zum 12. Mai in allen nordrhein-westfälischen Regionalzeitungen fast täglich großformatige Anzeigen zur Abfallvermeidung erschienen — mit einem Gesamtkostenaufwand von fünf Millionen Mark, der nicht im Haushaltsplan stand. Diese Mittel wurden bewußt am Parlament vorbei ausgegeben.

Die Entscheidung des Landesrechnungshofes ist für Minister Matthiesen ein Waterloo. Wie hatte er doch in der Debatte vom 5. Oktober im Landtag arrogant getönt: Die

Anzeigenkampagne sei rechtmäßig, und ihr Zeitpunkt habe nichts mit den einen Tag nach Ende der Kampagne stattfindenden Landtagswahlen zu tun. Diese Aussage erweist sich als Seifenblase, die jetzt geplatzt ist. Der Rechtsbruch des Ministers ist offenbar. Er hat das Haushaltsrecht des Parlamentes umgangen — und ‚das ist ja der stärkste Vorwurf, den man überhaupt nur machen kann‘ (so Matthiesen selbst am 5. Oktober 1990 vor dem Landtag).

Ich fordere Herrn Minister Matthiesen auf, persönliche Konsequenzen zu ziehen. Der Ministerpräsident muß in dieser Woche vor dem Landtag zur Entscheidung des Rechnungshofes Stellung beziehen. Wir haben eine Aktuelle Stunde für die Plenarsitzung am 13. Dezember 1990 zu diesem Thema verlangt.“

20 Jahre Architektenkammer

Landtagspräsidentin verweist auf Privilegien zum Schutz der Bürger

Das Architektengesetz ist vom nordrhein-westfälischen Landtag am 26. November 1969 verabschiedet worden und zum 1. April 1970 in Kraft getreten. Damit besteht die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen 20 Jahre, in denen sie sich nach den Worten ihres Präsidenten Hermann Josef Beu unter anderem für die beruflichen Belange ihrer Mitglieder eingesetzt und die anderen mit dem Architektengesetz übertragenen Aufgaben wahrgenommen hat.

In einer jetzt erschienenen Festschrift zum Jubiläum weist Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe in einem Grußwort darauf hin, nach dem Willen des Gesetzgebers sei es die Hauptaufgabe der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, das Bauwesen und die Baukultur zu fördern. Die Architektenkammer habe sich in der Vergangenheit dieser Aufgabe gestellt und das Landesparlament in vielen Anhörungen und Fachgesprächen beraten. Auch in der Zukunft werde es weiterhin darum gehen, Architektur und Stadtplanung an Rhein und Ruhr zu fördern. Der Gesetzgeber habe hierzu den Architekten durch das Bauvorlagerecht Privilegien zum Schutz der Bürger übertragen. Dies sei jedoch gleichzeitig auch eine Verpflichtung, der die Kammer in den nächsten Jahrzehnten nachkommen müsse.

Sie sei sicher, daß die enge Verbindung zwischen Architekten, Kammer und dem Parlament auch in Zukunft Bestand haben werde, und es an sachkundigem Rat für die Politik nicht fehlen werde. Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit sei sicherlich auch das neue Landtagsgebäude am Rhein, folgert die Präsidentin.

Die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, die mit 18 700 Mitgliedern gleichzeitig die größte Architektenkammer der Welt sei, habe sich in 20 Jahren Bestehen bewährt. Abschließend übermittelt die Landtagspräsidentin in ihrem Grußwort die Glückwünsche des gesamten Parlaments zum Jubiläum.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304
und 884 2545, btx: # 56801*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Der Abgeordnete Siegfried Martsch, den fast alle „Siggi“ nennen, ist kein typischer Vertreter der Grünen: Kein Akademiker, sondern gelernter Kfz-Schlosser, kein Wehrdienstverweigerer, sondern Soldat für 15 Monate, kein Pazifist, sondern jemand, der offen sagt: „Wenn man mich angreift, wehre ich mich, das gilt nicht nur für den persönlichen Bereich.“

Der 37jährige ist in Bochum geboren, seit vielen Jahren lebt er mit Ehefrau und drei Söhnen (elf, neun und sechs Jahre) auf einem gepachteten Sechs-Hektar-Hof in Borken als Nebenerwerbs-Bauer. Im Hauptberuf ist Martsch seit Mai Landtagsabgeordneter. Ein kurzer Ausflug in die Selbständigkeit Anfang der 80er ist mißlungen. Schlimmer noch: Der Versuch des Bauunternehmers Martsch endete mit einer siebenmonatigen Strafe auf Bewährung wegen Konkursvergehens. Offen räumt er ein, dies sei nur einmal Bestandteil seiner Biographie, nicht gerade eine Auszeichnung, aber „das ist halt so“.

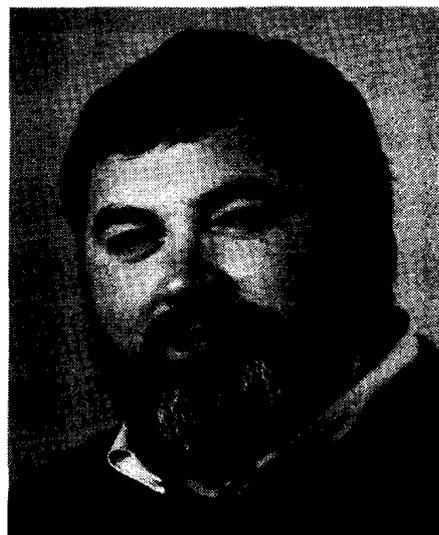
Zur Partei der Grünen findet der schwergewichtige Mann im Januar 1984. Ab 1983 war er zu Grünen-Versammlungen gegangen. Dann habe er nicht mehr nur dabei sein wollen. „Mitmachen“ lautete seine Parole. Und schnell stieg er auf, allerdings nicht als „Überflieger“, sondern, wie er sagt, „auf der Ochsentour“, also über die Kommunalpolitik in Borken. Zwei Jahre war der Agrarexperte der Grünen-Landtagsfraktion auch Sprecher des Landesvorstandes der Partei in NRW.

In einer Zechensiedlung in Bochum und später in Lippstadt wurde Siegfried Martsch groß: Neun Jahre Volksschule, Kfz-Schlosser-Lehre, Wehrdienst, Fernfahrer (viel in Italien) — das sind weitere Stationen auf seinem Lebensweg. Er wollte ganz bewußt zur Bundeswehr, weil er dort, wo die meisten männlichen Altersgenossen waren, politisch argumentieren wollte. „Ich traute es mir zu, in der Bundeswehr zu diskutieren.“ Im „Bau“ sei er nie gelandet. Auch heute akzeptiere er die Soldaten, habe keinerlei Vorurteile.

Erste politische Aktivitäten gab es im CVJM, dann folgte Engagement in der linken Lehrlingsbewegung, in den Republikanischen Clubs, später bei der Evangelischen Studentengemeinde (ESG). Vier Jahre wirkte Martsch als Nicht-Akademiker im Vorstand der ESG. Solidarität mit Palästina und Afrika war für ihn ein großes Thema damals. Ein Höchstmaß an Sympathie mit Israel im Sechs-Tage-Krieg 1967 wuch zunehmender Irritation über die Siedlungspolitik der Israelis: „Für mich war es nicht verständlich, daß die Juden, die selbst soviel Unbegreifliches erlitten haben, nun gegenüber Palästinensern zu menschenverachtenden Mitteln griffen.“

Das heutige Vorgehen der USA am Golf nennt Martsch ein „überflüssiges und gefährliches Spiel“. Der Westen habe gegenüber Saddam jahrelang alles andere als glaubwürdige Politik betrieben. Mit solchen Leuten hätte man eben keine Geschäfte treiben dürfen. Statt zum Krieg, würde er zu „schärfsten politischen und wirtschaftlichen Sanktionen“ gegen Irak raten.

Martsch, der sich nicht eindeutig den Flügel in der GRÜNEN-Fraktion zuordnen läßt, sagt, er habe viele wertkonservative Züge. Hat er Probleme mit der Haltung seiner Partei zur Abtreibung? Martsch zögert einen



Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN)

Moment. Dann erzählt er von heftigen Diskussionen daheim mit seiner Frau. Er möchte, daß keine Frau in diesem Land meint, abtreiben zu müssen. Das sei seine gesellschaftliche Utopie. Solange diese nicht Wirklichkeit werde, müsse man wohl jeder Frau zubilligen, selbst darüber zu befinden, ob sie das Kind austragen soll oder nicht. Martsch: „Deshalb bin ich dafür, den Paragraph 218 abzuschaffen, er löst das Problem nicht.“

Wie steht es um das Verhältnis des Grünen Martsch zum Auto? Schließlich war er einmal Kfz-Schlosser und Lastwagenfahrer. Das gleichsam erotische Verhältnis zum Auto sei längst passé. Heute empfindet der Diesel-Fahrer (demnächst soll ein Kat-Fahrzeug angeschafft werden) Autofahren als Last und als Streß. 90 Prozent seiner Wege lege er mit der Bahn zurück. Ein schlimmer Unfall zu Jahresbeginn hat ihm das Autofahren zusätzlich vermiest. Damals, am 10. Januar, sei er verletzt aus seinem Autowrack gekrabbelt. Er zeigt ein Foto, das belegt, daß Siegfried Martsch unwahrscheinliches Glück gehabt hat: Das Überleben sei wie ein zweiter Geburtstag gewesen, meint er rückblickend.

Untypisch für einen Grünen ist auch Martschs Haltung zur deutschen Einheit. Stets sei er dafür gewesen, mit dem Wegfall der Mauer sei von sehr vielen Menschen eine schwere Last genommen worden. Zu Silvester 1989 ist er mit seiner Familie zu einer Tante nach Dresden aufgebrochen: „Ich war erheblich gerührt.“ Jetzt ärgert er sich darüber, daß seiner Meinung nach der Kanzler den Leuten drüben „das Blaue vom Himmel“ verspricht, daß fortschrittliche Politik-Konzepte der revolutionären Bewegung vom vergangenen Herbst keine Chancen mehr haben.

Martsch bezeichnet sich als einen Politiker, der zwar für Visionen offen, aber doch eher praktisch orientiert ist. 30 oder 40 Jahre am Schraubstock zu arbeiten und mit den Kollegen über Politik reden, um sie zu überzeugen, erscheine ihm viel heldenhafter als fünf Minuten etwas Spektakuläres zu veranstalten. Noch eine Abweichung von anderen Grünen: Martsch sagt, er sei ungebrochen optimistisch, glaube an die gute Substanz in jedem Menschen. Dafür werde er in der Partei oft belächelt. Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 21. bis 30. Dezember 1990

- 21. 12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 53 J.
- 21. 12. **Gerhard Wirth** (SPD), 39 J.
- 22. 12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 43 J.
- 24. 12. **Hans Frey** (SPD), 41 J.
- 25. 12. **Heinz Wirtz** (SPD), 47 J.
- 28. 12. **Marita Rauterkus** (SPD), 48 J.
- 29. 12. **Bodo Champignon** (SPD), 49 J.
- 30. 12. **Klaus-Dieter Völker** (CDU), 53 J.
- 30. 12. **Walter Grevenner** (SPD), 60 J.

★
Leo Dautzenberg, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages Nordrhein-Westfalen, **Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und **Heinz Ruhнау**, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Luft-hansa AG, Köln, wurden neu in den Verwaltungsrat der Westdeutschen Landesbank Girozentrale, Düsseldorf/Münster, entsandt. Sie treten die Nachfolge von **Gerd Müller**, **Dr. Wilhelm Schneider** und **Hans Georg Weiss** an, die aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden sind. Vorsitzender des Verwaltungsrates ist weiterhin **Heinz Schleußer**, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Zum Vorstandsmitglied der WestLB wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1991 **Dr. Klaus Dieter Leister**, bisher Generalbevollmächtigter, berufen.

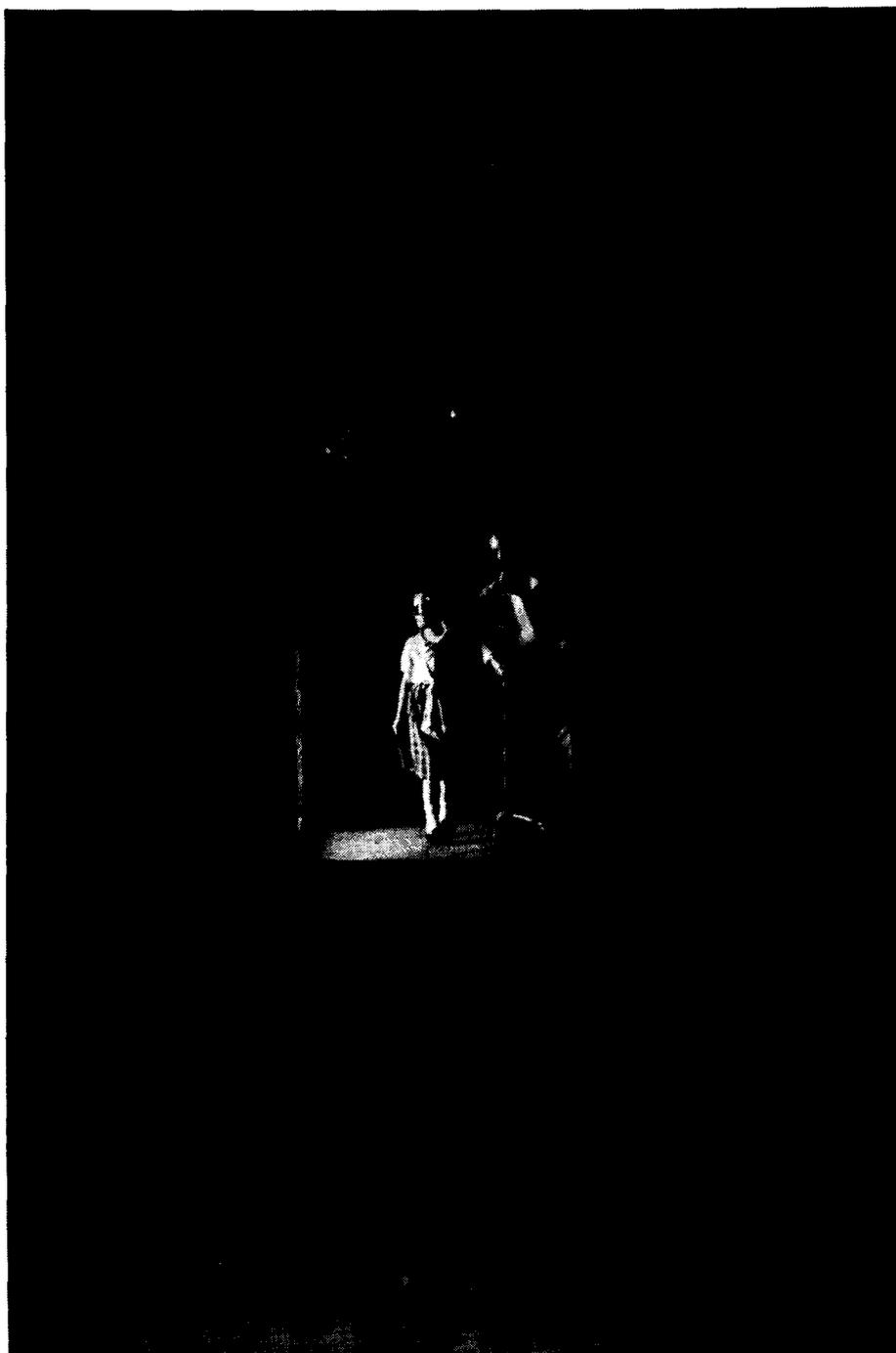
★
Jarka Pazdziora Merk, SPD-Landtagsabgeordnete, hat am Burgplatz in Essen eine Platane für Nordrhein-Westfalen gepflanzt. Das Bäumchen war ein Geschenk der nordrhein-westfälischen Landschaftsgärtner, das an alle Abgeordneten gegangen ist.

★
Dr. Karl Richter, langjähriger Leiter des Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit in Wuppertal, hat auf Anregung der privaten Universität Witten-Herdecke von der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin **Anke Brunn** den Titel eines Honorarprofessors entgegengenommen. Richter lehrt zur Zeit als Dozent in Witten-Herdecke im Rahmen des Studium fundamentale, ist Lehrbeauftragter der Universität Köln und Gastprofessor in Wien.

★
Dr. Franz Meyers (CDU), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident von 1958 bis 1966, ist mit dem Bruderkreuz der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften ausgezeichnet worden. Der Orden wird von 38 Schützenbruderschaften in Mönchengladbach und Korschenbroich an Persönlichkeiten vergeben, die sich nach dem Grundsatz „Glaube, Sitte, Heimat“ außerhalb der Bruderschaften einsetzen. Meyers ist Ehrenbürger von Mönchengladbach. Die Laudatio auf den Preisträger hielt sein Vorgänger, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** (CDU).

★
Dr. Manfred Scholle (44), Sozialdezernent der Stadt Dortmund, ist Mitte November von der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zum Nachfolger von **Herbert Neseke** (61) gewählt worden, der zum 1. April 1991 aus seinem Amt als Direktor des Landschaftsverbandes scheidet. Scholle wird damit Leiter einer 17 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählenden Verwaltung mit Hauptsitz in Münster.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Licht in ein noch weitgehend unbekanntes Kapitel der Geschichte Xantens wollen die Stadt und die Universität-Gesamthochschule Duisburg bringen. In einem Vertrag haben vor kurzem beide Partner beschlossen, die mittelalterliche Geschichte des bedeutendsten Stifts am Niederrhein zu erforschen. Dazu werden jahrhundertalte Handschriften und Urkunden von Duisburger Historikern wissenschaftlich ausgewertet. Damit auch die Öffentlichkeit etwas von dieser Arbeit hat, wurde gleichzeitig vereinbart, daß Stadt und Universität regelmäßig allgemeinverständliche Vorträge und Kolloquien mit regionalbezogenen Themen für Bürgerinnen und Bürger sowie Studentinnen und Studenten veranstalten. — Unser Bild entstand in den Katakomben des wiederhergestellten Amphitheaters der Colonia Ulpia Traiana, heute Xanten genannt.

Foto: Kommer